Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk. **Beilagen:** „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart). „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise Bäder und Verkehr). „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus). **Sonder-Ausgaben:** Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich) **Redaktion und Verlag** Gasstinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2448 2449 und 2450. **Geschäftsstelle:** Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670. **Berliner Redaktion:** Paul Fr. Hügen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Die mm Höhe 25 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg. Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Anzeigen 15 Pfg. für Markenartikel, und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg. Bez. Münster 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg. **Reklamen:** Die mm 46 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt fällt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 1 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt **Beilagen:** Gebührenberechnung nach Gewicht. **Postscheck-Konto** Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe — **Freitag, den 9. Dezember 1927** — **76. Jahrgang. Nr. 1267**

Noch keine Erledigung der Besoldungsvorlage im Ausschuß.

Berlin, 8. Dez. **(Tel.)** Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Besoldungsvorlage am Donnerstag im Reichstagsausschuß zu erledigen, ist es wiederum noch zu keinem Abschluß der Beratungen gekommen, da immer wieder Anträge der Parteien eingebracht werden, die in ihren finanziellen Auswirkungen den in der Regierungsvorlage vorgesehenen Gesamtaufwand für die Besoldungserhöhungen überschreiten würden. Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat jedoch heute noch einmal strikte erklärt, daß die Reichsregierung einer Ueberschreitung der vorgesehenen Summe auf keinen Fall zustimmen werde, und so mußte in den späten Abendstunden der interfraktionelle Ausschuß noch einmal zusammentreten, um die noch strittigen Fragen zu klären. Man hofft in parlamentarischen Kreisen, die Besoldungsvorlage jedoch bestimmt bis zum Samstag im Reichstagsausschuß zu erledigen, so daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach am Montag, 12. Dezember, im Plenum des Reichstages zur zweiten Lesung gestellt werden kann.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Donnerstag die Abstimmung über das Kapitel Wartegelder und Ruhegehälter der Besoldungsvorlage vor. Durch einen Antrag der Regierungsparteien wurde die Bestimmung, daß bei Grundgehältern von mehr als 11 000 bis 16 000 Mk. 12 Prozent hinzutreten sollen, dahin geändert, daß die Grenze auf 12 000 Mk. herabgesetzt werden soll. Es soll nunmehr bei Grundgehältern von 6000 bis einschließlich 12 000 Mk. ein Zuschlag von 16 Proz. gewährt werden. Der sich hierbei als neues Grundgehalt ergebende Betrag soll nicht höher als 13 000 Mk. sein. Auch eine Entschließung der Regierungsparteien wurde angenommen, die die Reichsregierung ersucht, baldigst eine Vorlage zu machen, um zu erreichen, daß Beamte, deren Wiederverwendung im Dienst ausgeschlossen scheint, in den Ruhestand überführt werden können.

Bei der weiteren Beratung wurde zur Diätenordnung für die außerplanmäßigen Beamten folgender Antrag der Regierungsparteien angenommen: „Die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Dienste befindlichen außerplanmäßigen Beamten erhalten ihr um zwei Jahre verbessertes Diätendienstalter. Ihnen wird bei der ersten planmäßigen Anstellung die bei derselben Dienstlaufbahn zwischen dem Beginn des Diätendienstaltters und der ersten planmäßigen Anstellung liegende Zeit auf das Besoldungsdienstalter nur angerechnet, wenn sie sieben Jahre, bei Versorgungsanwärtern sechs Jahre, bei den vor dem 1. Januar 1925 eingestellten weiblichen Beamten der Deutschen Reichspost zehn Jahre übersteigt."

Zur Frage der aufsteigenden Gehälter erklärte Reichsfinanzminister Dr. Köhler, die gestrige Aussprache im Ausschuß habe der Reichsregierung Veranlassung gegeben, die Lage erneut zu prüfen, insbesondere wegen der Rückwirkung der Beschlüsse der ersten Lesung auf andere Besoldungsgruppen. Die Reichsregierung sei einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß die Berücksichtigung von Wünschen und Anträgen auf Aenderung der Bezüge einzelner Besoldungsgruppen über die Beschlüsse der ersten Lesung hinaus aus finanziellen Gründen unmöglich sei.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde bei der Besoldungsordnung A (aufsteigende Gehälter) die in der ersten Lesung neu geschaffene Gruppe 4 B (7100—10 600) unter Wiederherstellung der Regierungsvorlage beseitigt. Auf Antrag der Regierungsparteien wurde eine Reihe von Höherstufungen einzelner Beamter genehmigt, u. a. Beamte der Reichsschuldenverwaltung. Angenommen wurde ferner eine Entschließung der Regierungsparteien, wonach Vorsorge getroffen werden soll, daß die bis zum 30. September 1927 zu Regierungs- usw. Inspektoren ernannten Beamten ihre bisherige Amtsbezeichnung weiterführen werden und daß die Beilegung der Amtsbezeichnung Regierungs- usw. Inspektoren an die Beamten der Sekretäre-Gruppe A 4 c auch künftig sichergestellt wird. In diese Gruppe 4 c (neu) werden beim Reichsverkehrsministerium eingefügt: Technische Obersekretäre als Maschinenbetriebsleiter in Holtenau und Brunsbüttelkoog. Die Gruppen 7—9 werden nach den Beschlüssen der ersten Lesung genehmigt. Der Ausschuß vertagte die Weiterberatung auf Freitag.

Weihnachtsvorschuß für die Staatsbeamten.

Berlin, 7. Dez. Der Unterausschuß des Hauptausschusses des Preußischen Landtages beschloß, dem Landtage folgende Entschließung, die u. a. von den Zentrumsabgeordneten Schmedding und Baumhoff unterzeichnet ist, zu unterbreiten: „Um einen möglichst großen Teil der Beamten usw. noch vor Weihnachten in den Besitz der Nachzahlungen gelangen zu lassen, wird das Staatsministerium ermächtigt, bereits vor der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes über die Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten vorbehaltlich der endgültigen Regelung vorläufige Zahlungen nach Maßgabe der Regierungsvorlage und des Stellenplanes unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Hauptausschusses leisten zu lassen."

Der Zweck des Antrages ist, den Beamten noch vor dem Weihnachtsfeste eine weitere Vorschußzahlung auf die Besoldungserhöhung zu verschaffen, die bekanntlich ab 1. Oktober, also rückwirkend, in Kraft gesetzt wird. Auf die hiernach zu erwartende Nachzahlung haben die Beamten zwar bereits einen Vorschuß erhalten, der aber erst etwa die Hälfte des Anspruches deckt. Die andere Hälfte, vielleicht aber auch nur 80 Prozent dieses Betrages, sollen nun auch noch vor Weihnachten zur Ausschüttung gelangen, was für den preußischen Staat eine Ausgabe von 25 Millionen Mark bedeutet. Zugleich verfolgt der Antrag den Zweck, den Reichstag zu veranlassen, auch seinerseits seine Besoldungsberatungen zu beschleunigen. Aus der Tatsache der Annahme eines solchen Antrages an sich läßt sich, wie das Vdz.-Bureau hört, schließen, daß man noch skeptisch der Frage gegenübersteht, ob die Besoldungsordnung noch vor Weihnachten formgerecht verabschiedet werden kann. Die Schwierigkeiten sind scheinbar keineswegs überwunden. Uebrigens ist der Antrag von allen Parteien mit Ausnahme der Wirtschaftspartei, die erst die Deckungsfrage geklärt haben will, gebilligt und im Einverständnis mit der Regierung beschlossen. Dabei sei daran erinnert, daß über 300 000 preußische Beamte von der Neuregelung betroffen werden, eine Zahl, die einen Rückschluß auf die technischen Erfordernisse einer solchen Neuregelung zuläßt.

Die Lohnsteuersenkung

‡ **Berlin,** 7. Dez. Die Regierungsvorlage zur Durchführung der „Lex Brüning" schlägt den Blättern zufolge eine Herabsetzung des Lohnsteuersatzes von 10 auf 9 Prozent vor. Das steuerfreie Existenzminimum soll unverändert 1200 RM. jährlich betragen, aber kinderreiche Familien sollen durch Erhöhung der Familienermäßigungen entlastet werden. Der Abzug soll gesteigert werden: für die Ehefrau von 120 auf 180 RM. jährlich, für das erste Kind von 120 auf 180 RM. jährlich, für das zweite Kind von 240 auf 360 RM., für das dritte Kind von 480 auf 600 RM., für das vierte von 720 auf 840 RM., für das fünfte und die folgenden Kinder von 960 auf 1080 jährlich. Diese Sätze sollen, wie bisher, Mindestsätze sein. An ihre Stelle treten die bisher schon geltenden prozentualen Abzüge (1 Prozent für jedes Familienmitglied) wenn diese in der Summe höher sind als die festen Abzüge

Gleichzeitig will die Reichsregierung auch eine Ermäßigung der veranlagten Einkommensteuer in den unteren Einkommenstufen eintreten lassen, die Kapitalertragssteuer auf 9½ Prozent vermindern und wahrscheinlich auf Nachzahlungen in der Vermögenssteuer, die den Voranschlag nicht erreicht hat, verzichten.

Der Tarif der Einkommensteuer soll nach der Vorlage betragen: für die ersten 8000 Mark 9½ Prozent, für die nächsten 2000 Mark 11½ Prozent, für die nächsten 2000 Mark 13 Prozent, für die nächsten 4000 Mark 15 Prozent, für die nächsten 4000 Mark 20 Prozent, für die nächsten 8000 Mark 25 Prozent, für die nächsten 18 000 Mk. 30 Prozent, für die nächsten 34 000 Mark 35 Prozent, und für die weiteren Beträge 40 Prozent Gleichzeitig sollen die Abzüge für Versicherungsleistungen und dergleichen von 480 auf 600 Mark und die Abzüge für Familienmitglieder auf je 250 Mark erhöht werden. Auch die Kapitalertragssteuer soll um ein Zwanzigstel auf 9½ Prozent ermäßigt werden. Die ganze Neuregelung soll am 1. Januar in Kraft treten, aber erst mit Wirkung für das neue Kalenderjahr. Im Einklang mit der Senkung des Tarifes sollen die Vorauszahlungen im nächsten Jahr um ein Zwanzigstel, höchstens aber um 30 Mark im Jahr vermindert werden.

Die Westerplattenfrage vertagt.

Stresemann über die oberschlesische Schulfrage. — Rededuell Woldemaras–Zaleski.

‡ **Genf,** 8. Dez. Der Völkerbundsrat behandelte in seiner heutigen Nachmittagsitzung die Frage der polnischen Exterritorialität auf der Westerplatte. Dem Rat lag ein Rechtsgutachten der beiden Juristen Cecil Hurst und Pilotti vor, in dem die Souveränität Danzigs auf der Westerplatte anerkannt und die Zulassung der Danziger Kontrollbehörden auf der Westerplatte gefordert wird. Der polnische Delegierte für diese Frage im Völkerbundsrat, der Danziger Kommissar Straßburger, beantragte dagegen Einholung eines Rechtsgutachtens des Haager Schiedsgerichtshofes und lehnte das Gutachten der Juristen als im Widerspruch mit den polnischen Wünschen stehend ab. Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Senatspräsident Sahm erklärten beide, das Rechtsgutachten uneingeschränkt anzunehmen. Dr. Stresemann teilte jedoch mit, daß er gegen den von Polen beantragten Appell an das Haager Schiedsgericht keinen Widerspruch erheben werde. Auf den nachdrücklichen Hinweis des englischen Außenministers Chamberlain, der Völkerbundsrat habe auf der Septembertagung bereits beschlossen, das damals eingeforderte Rechtsgutachten der Juristen als Basis für seine Entscheidung zu nehmen, stellte der polnische Delegierte einen neuen Antrag. Er erklärte sich bereit, mit Danzig unter Hinzuziehung von Sachverständigen in neue Verhandlungen unter dem Vorsitz des Völkerbundskommissars einzutreten und zu einer praktischen Regelung der Westerplattenfrage zu gelangen. Hierauf schlug Briand vor, eine Kommission einzusetzen, die auf der Grundlage des Rechtsgutachtens der Juristen Vorschläge ausarbeiten soll, die dann als Basis für die direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen dienen sollen. Der Rat beschloß sodann, den Berichterstatter Villegas zu beauftragen, **unter Heranziehung der beiden Parteien und des Völkerbundskommissars sowie einiger Sachverständiger sofort einen Entschließungsentwurf auszuarbeiten, der dem Rat auf einer der nächsten Sitzungen der gegenwärtigen Session vorgelegt werden soll und der die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zur endgültigen Regelung der Westerplattenfrage vorsieht. Diesem Vorschlage soll das Rechtsgutachten als Basis dienen.**

Die oberschlesische Schulfrage.

tu **Genf,** 8. Dez. In der heutigen öffentlichen Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates erklärte Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu der oberschlesischen Schulfrage, die Reichsregierung beabsichtigte, an den internationalen Haager Schiedsgerichtshof zu appellieren, um eine endgültige Interpretation derjenigen Bestimmungen der Genfer Minderheiten-Konvention herbeizuführen, die die Grundlage der Entscheidung des Völkerbundsrates vom März des Jahres über den Besuch der Minderheitenschule in Oberschlesien bilden. Er beantragte, der Rat möge beschließen, die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes sodann als endgültige Regelung über die von der polnischen Regierung geforderte Prüfung der Schulkinder des Schuljahres 1927/28 für den Besuch der Minderheitenschulen anzuerkennen. **Auf Vorschlag des Präsidenten beschloß sodann der Rat einstimmig, von der Erklärung Dr. Stresemanns Kenntnis zu nehmen und die endgültige Entscheidung über den Schulbesuch der Kinder des Schuljahres 1927-28 von der Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes abhängig zu machen.** In der Debatte wies Dr. Stresemann ausdrücklich darauf hin, daß der Märzbeschluß des Rates eine Einzelregelung für einen außergewöhnlichen Fall bedeute, der in keiner Weise die in der Genfer Minderheiten-Konvention festgelegten Grundsätze berühre.

Dr. Stresemann bei Chamberlain.

tu **Genf,** 8. Dez. Dr. Stresemann hat heute vormittag dem englischen Außenminister im Hotel Beau Rivage einen Besuch abgestattet. Dies ist das erste persönliche Zusammentreffen zwischen Dr. Stresemann und Chamberlain, die sich bisher nur in den offiziellen Sitzungen des Rates sowie bei der Fünfmächtebesprechung getroffen hatten. Chamberlain hatte vorher den bulgarischen Außenminister Buroff empfangen, der anschließend Briand einen Besuch abstattete. Staatssekretär von Schubert und Staatssekretär Weismann haben heute vormittag dem polnischen Außenminister Zaleski einen Besuch abgestattet.

Der polnisch-litauische Konflikt.

wtb. **Genf,** 7. Dez. **(Tel.)** Im Völkerbundsrat gab heute nachmittag zu Beginn der Behandlung des polnisch-litauischen Streitfalles der

litauische Ministerpräsident Woldemaras

einen Ueberblick über die Vorgänge, die sich in den letzten beiden Monaten im Wilna-Gebiet und auf dem litauischen Emigrantenkongreß in Riga hätten beobachten lassen und die, wie er sagte, Wolken am osteuropäischen Himmel darstellten, die teilweise auf den Sturz der litauischen Regierung gerichtet sind. Den Vorwurf, daß Litauen die Mobilmachung eingeleitet habe, wies er auf das entschiedenste zurück. Die litauische Regierung habe sich im Gegenteil angesichts der polnischen Tätigkeit in der Nähe der polnisch-litauischen Grenze schwere Angriffe ihres eigenen Landes wegen ihrer militärischen Untätigkeit zugezogen. Die litauische Regierung sei sich aber der Gefährlichkeit der Lage bewußt, wolle jede Möglichkeit einer Provokation ausschalten, und habe deshalb diese Angelegenheit in die Hände des Rates gelegt. Woldemaras stellte schließlich drei Anträge:

1. Daß der Rat einen Ausschuß zur Kontrolle der Vorgänge auf beiden Seiten der polnisch-litauischen Grenze einsetzen soll, der dem Rat genaue Auskunft über die beiderseitigen Verhältnisse geben soll. Durch die Einsetzung dieses Ausschusses würde die Furcht vor einem überraschenden Angriff verringert und die Stimmung sich wieder beruhigen.

2. Untersuchung über die Bandenbildung auf polnischem Gebiete, der der Völkerbundsrat ein Ende machen soll. Die litauische Regierung müßte die polnische Regierung für einen Angriff dieser Banden, der schlimmer wäre als ein direkter polnischer Angriff, verantwortlich machen.

3. Untersuchung über die Verfolgung der Litauer im Wilna-Gebiet durch Polen, der der Völkerbundsrat ebenfalls ein Ende machen soll. Auf Grund des Ergebnisses dieser Untersuchungen soll der Rat der polnischen Regierung Empfehlungen zur Liquidierung des Konfliktes vorlegen.

Die Erklärungen des

polnischen Ministers des Aeußeren, Zaleski,

die dieser im Anschluß an die Ausführungen des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras in der heutigen Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates abgab, richteten sich im wesentlichen auf Zurückweisung der von Woldemaras vorgebrachten Beweise für eine Bedrohung der Unabhängigkeit Litauens und seiner Regierung. Er wies darauf hin, daß eine Reihe von polnischen Missionen nach Kowno geschickt worden seien, um mit der litauischen Regierung Verhandlungen zu führen, die aber alle gescheitert seien. Seine Darlegungen gipfelten in folgender Bemerkung: Welchen Gesichtspunkt man auch im Auge haben mag, den wirtschaftlichen oder den verkehrstechnischen, das Problem der Minderheiten oder das rein politische Problem, immer wird man unvermeidlich zu derselben Schlußfolgerung kommen: daß der erste Grund für alle diese Schwierigkeiten und die Wurzel des ganzen Uebels von der Idee des zwischen den beiden Staaten bestehenden Kriegszustandes ausgeht. **Wenn keine endgültige Lösung für die Lage geschaffen wird, auf deren Gefahren wir endgültig hinwiesen so wird ein Zwischenfall, der in normalen Zeiten keine Folgen hätte, zu nicht wieder gutzumachenden Ereignissen führen können, wodurch der fiktive zum tatsächlichen Kriegszustand werden könnte.** Die polnische Regierung hält es für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit des Rates auf Artikel 11 des Völkerbundspaktes und auf die Gefahren zu lenken, die sich aus der Politik der litauischen Regierung für den allgemeinen Frieden ergeben. Sie ist der Auffassung, daß, solange die litauische Regierung auf ihrer Auffassung besteht daß sie sich im Kriegszustande mit Polen befindet, und solange die normalen Beziehungen nicht hergestellt sind, die internationale Lage gefährdet ist. **Vor der ganzen Welt erklärt Polen im Bewußtsein seiner Pflichten und seiner Verantwortlichkeiten Litauen noch einmal seinen Frieden. Feierlich strecken wir ihm die Hand entgegen.** Der Rat muß darauf bedacht sein, daß diese Hand, die aus tiefer Sorge um das allgemeine Interesse mit brüderlicher Solidarität hingehalten wird, nicht noch einmal zurückgewiesen wird.

Die Aussprache über den polnisch-litauischen Streitfall wurde heute abend nach einer Replik des litauischen Ministerpräsidenten und einer kurzen Duplik des polnischen Außenministers kurz nach 7 Uhr auf eine spätere Sitzung vertagt. Auf Vorschlag des Ratspräsidenten Scheng Loh wurde der holländische Außenminister Beelaerts van Blokland zum Berichterstatter bestellt.

Der litauische Ministerpräsident verlas als Entgegnung auf die polnische Zirkularnote eine Zirkularnote seiner Regierung, in der erklärt wird, daß Litauen mit Genugtuung von der polnischen Erklärung Kenntnis nimmt, daß Polen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Litauens zu respektieren entschlossen ist. Litauen und Polen seien als Völkerbundsmitglieder der Verpflichtungen des Paktes, insbesondere denen aus Artikel 12 unterworfen, die im Falle von Meinungsverschiedenheiten ausdrücklich das Schiedsverfahren oder die Vermittlung des Rates und beim Scheitern dieser Verfahren eine Frist von drei Monaten vorsehen, bevor die im Streit liegenden Parteien überhaupt zum Kriege schreiten können. Außerdem bestünden zwischen Polen und Litauen noch ein besonderes Abkommen vom Oktober 1920, das für die Regelung aller Meinungsverschiedenheiten nur friedliche Mittel zulasse. Es sei daher ein Konflikt zwischen Litauen und Polen überhaupt nicht möglich, solange die beiden Parteien die Verträge einhalten. **Woldemaras betonte mehrfach, daß Litauen vollkommen bereit sei, alle Lösungen zu versuchen und alle Möglichkeiten dazu zu erschöpfen.** Es handele sich im Augenblick nicht um den Gesamtkomplex der zwischen Polen und Litauen schwebenden Streitfragen, sondern dem Rate liege nur eine bestimmte konkrete Teilfrage vor. Vielleicht werde man dann später den ganzen polnisch-litauischen Fragenkomplex regeln können. Für den Augenblick aber müsse zunächst die akute Bedrohung beseitigt werden.

Die Duplik des polnischen Außenministers bestand in wenigen Sätzen, in denen er nochmals erklärte, das einzige Ziel und der einzige Wunsch Polens sei, zu einer klaren und bestimmten Erklärung zu gelangen, daß der Frieden zwischen den beiden Ländern hergestellt ist. Polen sei überzeugt, daß alsdann die Möglichkeit zu guten Nachbarschaftsbeziehungen gegeben sei. Die nächste Sitzung des Völkerbundsrates ist auf Donnerstag nachmittag angesetzt.

Litauisch-polnische Einigung?

‡ **Genf,** 8. Dez. Im Anschluß an die öffentliche Sitzung des Rates fand eine nicht öffentliche Sitzung statt, die diesmal einen außergewöhnlich geheimen Charakter trug. An der Sitzung, die beim Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, stattfand, nahmen lediglich die vierzehn Ratsmitglieder und der Generalsekretär teil unter Ausschluß sämtlicher übrigen Delegierten; jedoch wurde der litauische Ministerpräsident Woldemaras zu der Sitzung hinzugezogen. Ueber den Inhalt dieser Unterredung wird lediglich mitgeteilt, es sei über den Fortgang der Verhandlungen zur Regelung des polnisch-litauischen Konfliktes beraten worden. Der polnische Außenminister und der litauische Ministerpräsident hätten Erklärungen abgegeben, die für den Fortgang der Verhandlungen als zufriedenstellend anzusehen seien. Die weiteren Verhandlungen würden jetzt von dem Eintreffen des Marschalls Pilsudski abhängen. Es sei nicht damit zu rechnen, daß die Verhandlungen des Rats am Samstag zu Ende gingen.

Pilsudski unterwegs nach Genf.

‡ **Warschau,** 7. Dez. Heute abend um 8,45 Uhr ist Marschall Pilsudski mit dem fahrplanmäßigen Schnellzuge über Breslau—Dresden—Frankfurt-Main nach Genf abgereist. In seiner Begleitung befindet sich sein Adjutant, Oberst Bock.

Schwere Erkrankung des Prälaten Schofer.

Berlin, 7 Dez. **(Tel.)** Der Führer der badischen Zentrumspartei, Prälat Schofer, ist schwer erkrankt.

Das erzbischöfliche Ordinariat teilt mit, daß Prälat Dr. Schofer erneut an einem schweren Bronchialkatarrh erkrankt ist. Zu irgendwelchen Befürchtungen ist aber, solange keine unvorhergesehenen Komplikationen eintreten, kein Grund vorhanden. Dr. Schofer selbst glaubt, in einigen Tagen seine Arbeiten wieder aufnehmen zu können.

Auf Erkundigung an maßgebender Stelle wird der „Germania" am Donnerstag vormittag mitgeteilt, daß nach dem gestrigen ernsten Zustand des Prälaten Dr. Schofer eine kleine Besserung in seinem Befinden eingetreten ist. Der Zustand ist aber nach wie vor ernst.

Die Debatte über das neue Studentenrecht.

pd **Berlin,** 7. Dez. **(Tel.)**

Im Landtage wurde die bereits mitgeteilte Rede des Kultusministers teilweise von starken Kundgebungen von rechts und links unterbrochen. Präsident **Bartels** mußte mehrere Redner zur Ordnung rufen. Am Schlusse ertönte lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien, während auf der Rechten starke Gegenkundgebungen und Zischen vernehmbar waren.

Unter allgemeiner Unruhe des Hauses nimmt

Frau Abg. Dr. **Wegscheider** (S) das Wort, die mit dem ironischen Zuruf begrüßt wird: „Die Mutter der Studentenschaft!" Die Rednerin erklärt, das Abstimmungsergebnis der Studentenschaften wäre günstiger ausgefallen, wenn die deutschen Studenten in der Lage gewesen wären, die feine Geistesart des Kultusministers überhaupt zu verstehen. Die Studenten sprächen sich mit ihrem Ja oder Nein nur selbst das Urteil. Die Rednerin erklärte, der Kultusminister habe heute das nicht seltene Glück gehabt, von Reichsinnenminister Keudell schlecht behandelt zu werden. Die Erklärung des Reichskanzlers erfülle nur mit tiefstem Mitleid. Der Reichsinnenminister habe Dr. Becker wohl tatsächlich nicht treffen wollen, er habe nur Partei ergriffen und mit seinem Telegramm an die Studentenschaft einmal Politik machen wollen, wo es nichts koste und wo er einen großen Widerhall zu finden hofft.

Abg **Steuer** (D..) erklärt, der Minister habe heute im Hause eine sehr schlechte Figur gemacht. Sein Vorgehen sei tatsächlich eine nachträgliche Zertrümmerung eines Aufbaues, dessen Wert der Minister früher mehrfach angeraten habe Es sei auch bedauerlich, daß der Minister die Frage der Studentenschaft zum Gegenstand der Stellungnahme eines Kabinetts von politischen Par eiministern gemacht habe. Der Redner weist auf die großen Leistungen der Studentenschaft besonders im Kriege hin. Der verfassungsmäßige Weg wäre gewesen, die Rechte der Tausende von Studenten anzuerkennen, anstatt sie um weniger Dutzend willen zu zerschlagen. Die Verhältnisse an den bayerischen und württembergischen Universitäten gingen dem preußischen Kultusminister gar nichts an.

Die Zertrümmerung der großdeutschen Studentenschaft sei weiter nichts als eine parteipolitische Hilfsmaßnahme zugunsten der Linkskoalition. Die heutige preußische und deutsche Demokratie mache sich durch ihr grundsätzliches Verhalten unsterblich lächerlich. Selbst die Korruption sei nicht allein das Kennzeichen der deutschen Demokratie. Der Redner weist auf die großen Verdienste der deutschen Studentenschaft hin, die sich für Oberschlesien unbedenklich zur Verfügung gestellt habe. (Lärm links.) Die Nutznießer dieser Aufopferung seien die Linksparteien und ihre damals auf den Ministersesseln sitzenden Genossen gewesen. (Widerspruch links.) Es werde deutlich gesagt, daß der Minister für den Ausfall der Abstimmung später bei Anstellungen an der Studentenschaft Rache nehmen wolle. Eine preußische Regierung, die diesem Verhalten folgen wolle, würde auf den Charakter einer verächtlichen Lockspitzel-Regierung herabsinken. Der Redner erklärte, er nehme etwas derartiges von dem Kultusminister nicht an, denn eine solche Demokratie wäre tatsächlich verächtlich. Die Deutsche Studentenschaft als Spitzenorganisation bestehe auch heute weiter und sie werde auch alle die freien Studentenschaften hinter sich haben, die jetzt an aller deutschen Hochschulen entstehen würden. Auch die heutige Demokratie mit ihrem grenzenlos elenden parlamentarischen System werde ihren Bankerott erleben. (Lärm links.) Das sei freudig zu begrüßen, da hiervon die Besserung ausgehen werde. (Anhaltender stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts, Zischen und Pfeifen links.)

Abg. Dr. **Lauscher** (Ztr.) erklärte, der Vorwurf, in der Haltung des Zentrums sei ein Widerspruch vorhanden, sei ungerechtfertigt. Der im Schützengraben unter der Studentenschaft entstandene Gedanke der Volksgemeinschaft sei ein verheißungsvoller Anfang gewesen. Der Fortgang dieser Bewegung habe aber diesem Anfang wenig entsprochen. Die Gesamtorganisation sei politisch beeinflußt worden. In dem Studentenkampf handele es sich um eine bewußte Ablehnung des heutigen Staates. Der Staat, der so verhöhnt und angefeindet werde, könne staatliche Hoheitsrechte nicht an eine Organisation abgeben, die ihn so provoziere. Die Abstimmung der Studenten sei kein überwältigender Sieg des völkischen Gedankens über die preußische Regierung. Besonders in der deutschen Studentenschaft werde die Minderheit terrorisiert. Die Deutschnationalen sollten sich nicht als Anwalt der Deutschen Studentenschaft hinstellen, da sie von ihr selbst angegriffen worden seien. Der Redner erklärt zum Schluß, die Deutsche Studentenschaft sei in eine Bahn geführt worden, die zur Katastrophe führen mußte. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Abg. **Pinkerneil** (D. Vp.) wendet sich gegen die Aeußerung des Ministers, daß nach dem Abstimmungsergebnis die Studenten nicht anders behandelt werden könnten, als die Schüler einer höheren Schule. Die Wahrung verfassungsmäßiger Rechte der Studenten sei kein Benefizium, wie der Minister ausgeführt habe, sondern ein Recht. Einzelne Reformen hätten durch ein anderes Verfahren eingeführt werden können. So wäre es möglich gewesen, in der Frage der Aufnahme ausländischer Studenten zu einer Verständigung mit der deutschen Studentenschaft zu kommen. Die Deutsche Volkspartei wolle keine Waffenpolitik, sondern Kulturpolitik.

Der Redner erklärt, seine Partei wolle einen organischen Zusammenhang der Deutschen Studentenschaft mit allen deutsch eingestellten Gruppen der Hochschulen außerhalb der Grenzen. Der Minister habe den Radikalen in der Studentenschaft wieder Oberwasser verschafft und den Gesundungsprozeß innerhalb der Studentenschaft unterbrochen. Er sei somit der Retter des Hochschulringes unter radikaler Führung. Der Redner erklärt zum Schluß, seine Partei werde nicht davon ablassen, die Studentenschaft zum verfassungsmäßigen Glied der Hochschulen zu machen und der Studentenschaft eine Koalitionsmöglichkeit zu geben, die in nationalem und liberalem Geiste geregelt wird.

Kultusminister Dr. **Becker** weist noch einmal darauf hin, daß er von Anfang an darauf bedacht gewesen sei, die Hochschulen von der Politik fernzuhalten, zumal sich das Forum der Hochschule am wenigsten für die Politik eigne. Nachdem die Politisierung der Studentenschaft einmal Tatsache geworden war, mußte die Staatsautorität gewahrt werden. Der Minister betont, daß er selbst das Studentenrecht mitaufgebaut habe und daß er daher über den Verdacht erhaben sei, ein Gegner der studentischen Selbstverwaltung zu sein. Die nunmehr frei zusammengeschlossenen Studenten könnten nicht einen amtlichen Charakter erhalten, aber sie würden überall beim Preußischen Unterrichtsministerium die ihnen zukommende Beachtung finden. Dr. Becker betonte, daß er das wahrhaft nationale Streben in der Studentenschaft billige, daß er sich aber dagegen wenden müsse, daß dieses Streben für parteipolitische Geschäfte ausgenutzt werde.

Abg. **Korff** (Kom.) erklärt, die Mehrheit der Studentenschaft sei heute arbeiterfeindlich. Der kommunistische Redner lehnt die Ministerialverordnung ab.

Abg. Dr. **Böhner** (Dem.) fordert verstärkte Kontrolle der Finanzen der Studentenschaft, nachdem die studentischen Gelder zu politischen Zwecken mißbraucht worden seien. Man könne nicht von einer Majorität gegen den Minister sprechen, da sich viele Studenten der Abstimmung enthalten hätten. Die Studenten seien Kostgänger des Staates und keiner von ihnen bezahle sein Studium. Es sei eine Keckheit, wenn die Studenten sich als Führer des Volkes aufspielten, wo sie noch in Ausbildung seien. (Sehr gut links.)

Abg. Dr. **Klamt** (Wirtsch. Vg.) bezeichnet die Debatte als eine Serie von Wahlreden. Die Wirtschaftliche Vereinigung bewundere die unerschrockene Haltung der Studentenschaft.

Kultusminister Dr. **Becker** bezeichnet es als selbstverständlich, daß die Staatsregierung auf ihrer festen Haltung beharre. Er bedauere es tief, daß die Studentenschaft durch den Verzicht auf ihre Selbstverwaltung auf die gleiche Stufe mit den Schülern höherer Lehranstalten gestellt werden. Es sei nicht richtig, daß die Studenten vor die Alternative gestellt worden seien: „Hier großdeutsch, hier Selbstverwaltung!" Die Professorenschaft stehe nicht auf Seiten der Studentenschaft, sondern habe sich mit den Maßnahmen der Staatsregierung einverstanden erklärt, sich dann aber mit ihrem Rate der Studentenschaft zur Verfügung gestellt.

Abg. **Danke** (Tölk.) erklärt, es würde ein Verrat am Deutschtum sein, wenn man den großdeutschen Charakter der Deutschen Studentenschaft zerschlagen wolle. Die reichsdeutsche Studentenschaft sei durchaus nicht antisemitisch oder völkisch organisiert.

Damit ist die Aussprache und die Interpellation erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Montag, 12. Dezember.

Das Ende der studentischen Selbstverwaltung.

b **Berlin,** 8. Dez. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Nachdem die Studenten der preußischen Hochschulen in den Abstimmungen erklärt haben, daß sie eine „Studentenschaft" nicht bilden wollen, hat Kultusminister Dr. Becker seinen Ausführungen im Landtag entsprechend den Hochschulen mitgeteilt, daß eine als Gesamtvertretung aller Studenten und als Glied der Hochschule staatlich anerkannte Studentenschaft danach nicht mehr besteht. Der Bildung freier Vereine ständen keine Hindernisse im Wege, nur könne ein solcher freier Verein nicht als Gesamtvertretung aller Studenten anerkannt werden. Daraus folge, daß die freien Vereine keinen Anspruch erheben könnten, als Rechtsnachfolger der bisherigen „Studentenschaft" angesehen zu werden. Die Hochschulbehörden werden im Einvernehmen mit dem vorläufigen Vermögensbeirat und dem geschäftsführenden Vorstand der früheren „Studentenschaft" für baldige Liquidation der bisherigen studentenschaftlichen Einrichtungen sorgen.

Sachsen sperrt die Beiträge für die deutsche Studentenschaft.

b **Berlin,** 8. Dez. Auf Grund einer Anordnung des sächsischen Volksbildungsministeriums dürfen nach einer Meldung der Vossischen Zeitung die Beiträge der sächsischen Studentenschaften für die „deutsche Studentenschaft" nicht mehr abgeführt werden, da sich die Auswirkung der durch die Abstimmung der preußischen Studentenschaften geschaffenen Lage auf die „deutsche Studentenschaft" noch nicht übersehen lasse.

In den Kreisen der Leipziger Studentenschaft rechnet man mit der Gründung einer eigenen sächsischen Studentenschaft durch das Dresdener Ministerium.

Deutscher Reichstag.

pd **Berlin,** 7. Dez. **(Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

die Krankenversicherung der Seeleute.

Abg. **Schumann**-Frankfurt (S) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß ersucht in einer Entschließung die Reichsregierung, dem Reichstag im Frühjahr 1929 die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Seekrankenkasse und die besonderen Erfahrungen mitzuteilen, die bei der Durchführung der Seekrankenversicherung gewonnen wurden.

Abg. **Hoch** (S) bedauert, daß man die Seeleute nicht den allgemeinen Ortskrankenkassen zuweisen, sondern eine neue Berufskrankenkasse gründen solle. Damit hindere man das Streben der Arbeiterschaft nach Allgemeiner gleicher Krankenversorgung.

Abg. Dr. **Hackenkamp** (DN) bedauert die weitgehenden Änderungen, die der Ausschuß vorgenommen habe.

Abg. Dr. **Moldenhauer** (DVp) stimmt dem Gesetzentwurf in seiner Grundtendenz zu.

Abg. Frau **Teusch** (Z) erklärt für das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, daß diese an der Einbeziehung der gesamten Schiffsmannschaft, also auch der Offiziere, festhalten.

Die Reeder-Fürsorge, die durch die Krankenversicherung ersetzt werden solle, habe sich auch auf die gesamte Mannschaft erstreckt. Die ganze Seemannschaft stehe in einer Gefahrengemeinschaft und deshalb müsse für sie Solidarität herrschen.

Angenommen wird ein Antrag der Deutschen Volkspartei, wonach die Satzung der Kassen bestimmen kann, daß die Kapitäne von der Versicherungspflicht befreit werden. Ferner wurde beschlossen, daß die Kasse den Namen „Seekasse" führen soll.

Die übrigen grundsätzlichen Aenderungsanträge werden abgelehnt. Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt der Bericht des sozialen Ausschusses über die

Genfer Uebereinkommen zur Unfallversicherung

Den Bericht erstattet Abg. **Schwarzer**-Oberbayern (Bayer Vp.). Die Regierung wird ersucht, Gesetzentwürfe vorzulegen, durch die die Genfer Uebereinkommen über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten und über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen ratifiziert werden. Ferner wird die Reichsregierung ersucht, die Unfallversicherung auf Feuerwehren, Krankenanstalten, Bühnenbetriebe und Laboratorien auszudehnen und in eine Prüfung einzutreten, inwieweit die zurzeit nicht versicherten Betriebe in die Unfallversicherung einbezogen werden können. Bis zur Erledigung dieser Fragen soll die Ratifizierung des Uebereinkommens über die Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen aufgeschoben werden.

Abg. Frau **Schröder** (Soz.) stellt fest, daß mit der Ratifizierung dieser Genfer Abkommen wieder ein Schritt auf dem Gebiete internationaler sozialer Maßnahmen getan werde. Die Rednerin beantragt, auch die Angestellten der Gast- und Schankwirtschaften in die Unfallversicherung einzubeziehen.

Abg. Dr. **Moldenhauer** (D. V. P.) verlangt, daß nicht neue Versicherungsträger geschaffen, sondern daß neu zu versichernde Gruppen den bestehenden Versicherungsträgern angegliedert werden.

Unter Ablehnung von Aenderungen werden die Vorlagen dem Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich Freitag 16 Uhr: Strafverfolgung kommunistischer Abgeordneter. Handelsvertrag mit Jugoslawien. Bericht des Ruhrausschusses, Spiritusmonopolgesetz.

Schluß nach 19 Uhr.

Sitzung des Reichskabinetts.

Der Konflikt in der Eisenindustrie. — Das Tabaksteuergesetz.

Berlin, 7. Dez. Das Reichskabinett stimmte in der heute unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx abgehaltenen Sitzung dem Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Tabaksteuergesetzes zu. Im Anschluß daran fand im Kabinett auf Grund eines Vortrages des Reichsarbeitsministers eine Aussprache über die in der Schwerindustrie schwebenden sozialen Fragen statt.

Zu den Beratungen des Reichskabinetts über den Konflikt in der Eisenindustrie verlautet mehreren Blättern zufolge, daß der Schlichter, der die beiden Parteien für Freitag zu Verhandlungen geladen hat, die Aufgabe erhalten soll, in jedem einzelnen Betriebe die Rückwirkungen der Einführung der 8-Stunden-Arbeitszeit zu prüfen. Es sei möglich, daß von Fall zu Fall Sonderregelungen derart vorgenommen werden, daß die Frist zur Einführung des Dreischichtensystems über den 1. Januar hinaus verlängert wird. Eine solche Fristverlängerung für einzelne Betriebe soll zum Zweck der Rationalisierung dieser Betriebe dienen.

Die amtliche Meldung über die gestrige Kabinettssitzung, wonach das Reichskabinett dem Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Tabaksteuergesetzes zugestimmt hat, gibt keinen Aufschluß darüber, in welcher Richtung das Tabaksteuergesetz abgeändert werden soll. Der Lokalanzeiger will wissen, daß es sich im besonderen um eine anderweitige Regelung der Einziehung der Zigarettensteuer handele, und zwar sollen dabei Zusammenhänge mit der Reparationspolitik vorliegen. Der vor kurzem veröffentlichte Bericht des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen hat darauf hingewiesen, daß bei der Zigarettensteuer, die etwa 20 Prozent des Gesamtaufkommens aus den verpfändeten Einnahmen ausmacht, sehr erhebliche Stundungen üblich sind, die 150 Millionen betragen sollen. Das genannte Blatt nimmt an, daß das Reichskabinett jetzt von sich aus die Initiative ergreift, um in dieser Frage eine Neuordnung herbeizuführen.

Schlichtungsverhandlungen am Samstag.

Berlin, 8. Dez. Wie der „Deutsche Handelsdienst" zu den ergebnislos abgebrochenen Essener Verhandlungen berichtet, hat nach Abschluß der Verhandlungen keine der beiden Parteien die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragt. Zur Wahrung der öffentlichen Interessen hat deshalb der Reichsarbeitsminister das Schlichtungsverfahren eingeleitet, bei dem Landesgerichtsrat Dr. Jötten den Vorsitz übernehmen wird. Die Verhandlungen werden am Samstag dieser Woche stattfinden.

Sämtliche in Betracht kommende Verbände, Röhrenverband, Drahtverband, Rohstahlverband, werden am 12. ds. Mts. zu einer Sitzung zusammentreten, um über die gegenwärtige Lage zu beraten und evtl. die Einstellung des Verkaufs zu beschließen.

Die Frage der Neueinrichtung von Schulen

Berlin, 7. Dez. Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde heute der § 12 des Reichsschulgesetzes mit der von den Regierungsparteien beantragten Aenderung angenommen, daß ein rechtswirksam abgelehnter Antrag zur Schulreform frühestens nach vier Jahren wiederholt werden kann, wenn nicht wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Gemeindebevölkerung eingetreten sind.

Es entwickelte sich dann eine längere Aussprache über einen Antrag Runkel (D. V.), wonach die von Amtswegen einzurichtenden neuen Schulen als Gemeinschaftsschulen einzurichten sind, soweit nicht die Mehrheit der Erziehungsberechtigten eine andere Schulform beantragt. Damit sollen, wie der Antragsteller betonte, die Bedenken ausgeräumt werden, daß der Gesetzentwurf verfassungswidrig sei.

Reichsinnenminister von Keudell wandte sich gegen den Antrag, in dem er eine grundsätzliche Abweichung von dem Aufbau des Entwurfs erblickte. Die Reichsregierung habe die Frage der Verfassungsmäßigkeit offen gelassen und sie behalte sich ihre Stellung bis zur zweiten Lesung vor.

Der Vertreter der preußischen Regierung erklärte sich mit dem Antrag Runkel einverstanden.

Berlin, 8. Dez. Der Bildungsausschuß des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratung der Uebergangs- und Schlußbestimmungen zum Reichsschulgesetzentwurf beim Paragraphen 18 fort, der vom Charakter der bestehenden Schulformen handelt. Sämtliche bei Inkrafttreten des Gesetzes bestehenden Schulen sollen danach in ihrer Schulform als beantragt gelten, wenn nicht vorschriftsmäßige Anträge auf Aenderung der Schulform gestellt werden. Die Deutschnationalen, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung beantragten einen Zusatz, wonach in Gebieten des Reiches, in denen seit dem 1. Oktober 1918 die Schulform geändert worden sei, innerhalb eines Jahres nach Beginn der Durchführung des Gesetzes einem Antrag auf Umwandlung in die frühere Schulform stattgegeben sei, wenn mehr als die Hälfte der Erziehungsberechtigten sich dafür ausspricht. Der sächsische Vertreter widersprach diesen Anträgen.

Aus dem Verwaltungsausschuß des Reichstages.

Berlin, 8. Dez. Der Ausschuß des Preußischen Landtages für Verwaltungsreform stimmte heute dem Urantrag der Regierungsparteien zu, der an die Stelle der nicht zur Verabschiedung gelangten neuen Landgemeindeordnung getreten ist. Der Urantrag regelt das Eingemeindungsrecht, fordert Wahlen von Landbürgermeistereien, ersetzt die Bezeichnung Bürgermeisterei durch die neue Bezeichnung Amtsbürgermeisterei und enthält Bestimmungen über die Auflösung der Gutsbezirke. Abänderungsanträge der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten wurden abgelehnt. Die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei erklärten schließlich, daß sie sich angesichts der ablehnenden Haltung der Regierungsparteien an der weiteren Beratung des Urantrages im Ausschuß nicht mehr beteiligen würden. Mit der Annahme der Gesetzesvorlage wurde die Beratung über die kommunale Neugestaltung im Ausschuß beendet.

Die Bestrafung bei mehreren Delikten.

Berlin, 8. Dez. Der Reichstagsausschuß für Strafrechtsreform billigte heute den neunten Abschnitt des Strafgesetzbuches, der die Bestrafung beim Zusammentreffen von mehreren Gesetzesverletzungen regelt. Der Entwurf gibt dem Richter die Befugnis, die Strafe um die Hälfte der gesetzlichen Höchststrafe zu erhöhen, wenn durch dieselbe Tat mehrere Strafgesetze anwendbar sind oder durch die Tat dasselbe Strafgesetz mehrmals verletzt ist oder wenn jemand mehrere schwere selbständige Taten begangen hat, die gleichzeitig abgeurteilt werden.

Tagung der Deutschnationalen Parteivertretung.

tu **Berlin,** 8. Dez. Im Reichstag trat am Donnerstag nachmittag die Deutschnationale Parteivertretung zu einer längeren Sitzung zusammen, die sich zunächst jedoch nur mit organisatorischen Fragen der Partei beschäftigte. Am morgigen Freitag sollen die politischen Angelegenheiten behandelt werden. Der Reichstagsabgeordnete Berndt wird das einleitende Referat über die Verfassungs- und Verwaltungsreform halten.

Die Regierungsbildung in Hessen.

‡ **Darmstadt,** 8. Dez. Heute fand die erste Sitzung des neu gewählten hessischen Landtages statt. Staatspräsident Ulrich eröffnete als Alterspräsident den Landtag, der im wesentlichen die alten Abgeordneten wiedersieht. Der bisherige Landtagspräsident Adelung (Soz.) wurde auf Vorschlag fast einstimmig wiedergewählt. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung, die sich noch bis zum Januar hinziehen dürften, gestalten sich außerordentlich schwierig.

Der Bordbesuch des Prinzen Heinrich.

‡ **Berlin,** 7. Dez. Ueber den Besuch des Prinzen Heinrich an Bord des Kreuzers „Berlin" stellt der „Lokalanzeiger" folgendes „authentisch" fest: Der Kreuzer „Berlin" machte vor Antritt seiner Auslandsreise noch eine Probefahrt, die ihn u. a. auch nach Eckernförde führte. Dort lud der Kommandant des Schiffes, Fregattenkapitän Kolbe, den Großadmiral a. D. Prinzen Heinrich von Preußen zu einer Besichtigung des Kreuzers ein. Prinz Heinrich hielt sich etwa eine halbe Stunde an Bord auf und hat dort weder Befehle gegeben noch irgendwelche Anordnungen getroffen. Bevor er wieder von Bord ging wurde er gebeten, auch den Mannschaften einige Abschiedsworte zu sagen. Prinz Heinrich hat die jungen Seeleute daran erinnert, daß sie jetzt in Gegenden kämen, in denen er als junger Seeoffizier auch gewesen sei. Er machte darauf aufmerksam, in welch hohem Ansehen die deutsche Marine in der ganzen Welt gestanden habe und daß es für ein Kriegsschiff im Auslande eine hohe Ehre sei, die deutsche Heimat würdig zu vertreten.

Aus aller Welt.

Keine Verlobung Kemal Paschas.

⊖ **Konstantinopel,** 7. Dez. **(Tel.)** Wie das türkische Außenministerium offiziell mitteilt, entsprechen die von der ausländischen Presse über eine Verlobung Kemal Paschas mit der afghanischen Prinzessin Kabrar gebrachten Nachrichten nicht den Tatsachen.

Zur Europareise des afghanischen Herrschers.

Seitdem der Emir von Afghanistan Aman Ullah Chan sich entschlossen hat, Europa zu besuchen, pflegt die Presse derjenigen Länder, denen er seinen Besuch bereits offiziell angekündigt hat, ihn als König zu bezeichnen. Anscheinend hat man ihm mehr Ehren zugedacht, als einem schlichten Emir nach europäischem Zeremoniell zukommen. Daß man ihm solche Ehrungen nicht aus reiner Freundschaft zugedacht hat, wird schon aus allerhand Zwischenspielen ersichtlich, die seiner Abreise vorangingen. Hinter den Kulissen haben russische und britische Agenten leidenschaftlich gegeneinander gekämpft, um den Herrscher von Afghanistan einen ihnen genehmen Weg zu schicken. Die Engländer wollten ihn gern eine möglichst repräsentative Reise durch Indien machen lassen, die der Legende von der englisch-afghanischen Freundschaft neue Nahrung hätte geben können. Die Russen wollten ihn Indien möglichst nicht berühren lassen und sie haben ihre Wünsche durchgesetzt: der Emir wird unter Benutzung beschwerlichster Umwege Indien nur so weit berühren, als es notwendig ist, um sich von Radjputana aus nach Europa einzuschiffen. Während von der afghanischen Regierung als offizieller Grund für die Vermeidung Indiens die Furcht der Frau des Emirs vor der Seekrankheit angegeben wurde, — sie will angeblich auf der kurzen Strecke zwischen Karachi und Bombay festsitzen, ob sie seefest ist — konstatiert man in Moskau hohnlächelnd, daß die französische Gesellschafterin und die rumänische Schreiberin der Gattin des Emirs bereits nach Paris vorausgefahren sind und konstruiert daraus den Beweis dafür, daß jene Entschuldigung für die Vermeidung der Reise durch Indien eben nur eine Ausflucht war, womit man wohl nicht ganz Unrecht haben dürfte.

Kurze Nachrichten

Der Herr Reichspräsident nahm die Meldung des neu ernannten Präsidenten des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung, Kissel, entgegen und empfing später den Reichsminister des Innern Dr. von Keudell zum Vortrag.

Der Reichskanzler und Frau Marx gaben Mittwoch abend im Reichskanzlerhause zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten ein Essen, auf dem u. a. die Reichsminister, der Präsident des Reichstages, die Fraktionsvorsitzenden der Parteien des Reichstages, die Gesandten Boden und Preger als Vertreter des Reichsrats sowie die Staatssekretäre Dr. Meißner und Dr. Pünder mit ihren Damen teilnahmen.

Das Landesverratsverfahren gegen Generalmajor a. D. Freiherr von Schönaich, das vor mehreren Monaten wegen eines Zeitungsartikels eingeleitet worden war, ist nunmehr eingestellt worden. In dem in der Zeitung „Das andere Deutschland" erschienenen Artikel war behauptet worden, daß in der Reichswehr illegale Einstellungen von Soldaten vorgenommen worden seien.

Wie die Reichspressestelle des „Stahlhelm" mitteilt, ist Oberstleutnant Düsterberg nicht aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Der frühere französische Kultusminister de Monzie sprach in der Berliner Universität über den „Friedensgedanken in der französischen Literatur". Professor Wechsler, der Leiter des romanischen Seminars, richtete an de Monzie einige Begrüßungsworte und begrüßte ferner den französischen Botschafter de Margerie und den preußischen Kultusminister Dr. Becker.

Die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der Tschechoslowakei über die Beilegung der aus der Huß-Feier entstandenen Differenzen haben am Mittwoch begonnen. In Kreisen des Vatikans rechnet man mit einem Ausgang der Verhandlungen, der dem Standpunkt des Vatikans voll Rechnung trägt.

In der mittelamerikanischen Republik San Salvador wurde der Kriegszustand verkündet, um einen organisierten Aufstand der Regierungsgegner, die unter Führung des früheren Präsidenten Melendez stehen, niederzuschlagen.

Aus der Stadt.

Münster, 9. Dezember.

+ **„Durch die Wachau bis Wien."** Die Wachau, jene durch ihre landschaftlichen Reize und Schönheiten bekannte Gebirgsgegend in Niederösterreich am linken Donauufer, war es, die Oberstudiendirektor Dr. Schäfer-Münster am Mittwochabend im Hörsaal der Wilhelmsuniversität zum Gegenstande eines fesselnden Lichtbildervortrages gewählt hatte. Der Westfälische Provinzialverein für Wissenschaft und Kunst, von dem der Vortrag ins Werk geleitet war, hatte damit keinen schlechten Griff getan, denn gar manchem der Zuhörer wurde viel Neues und Interessantes aus Land und Leben unserer Stammesbrüder vor Auge und Ohr geführt. Einleitend wies Dr. Schäfer hin auf das kleine und unscheinbare Österreich, das sich trotz dieser seiner Unscheinbarkeit noch unendlich viel Schönes erhalten habe, sowohl was Natur wie auch was Kunst anbelangt. Mit voller Berechtigung könne der Österreicher stolz sein auf sein schönes Heimatland, stolz auch darauf, daß es, so klein das Land auch sei, die einzelnen Stämme als Wesensgleichheit zusammengefaßt habe. Im Lichtbilde führte der Redner alsdann einen Teil der vielen landschaftlichen Schönheiten vor Augen, dabei seine Eindrücke wiedergebend, die er auf einer längeren Vortragsreise durch Österreich gewonnen hat. Die Zuhörer begleitet der Redner auf der Strecke Melk mit seiner berühmten Benediktinerabtei, einer der reichsten Abteien Europas, bis nach Krems am Fuße des Mannhartsberges, wo das bekannte Kremser Weiß hergestellt wird. Die Fahrt wird fortgesetzt von hier aus Donauabwärts bis an das endlose Häusergewirr der Millionenstadt Wien, auf jenem gleichen Wege, den einstmals auch die Nibelungen genommen. Was man in der herrlichen Wachau Wunderbares an landschaftlicher Pracht, an glänzenden Schlössern, Burgen Burgruinen und alten Städten und Städtchen erblickte, übertraf alle Erwartungen. Vollberechtigt kann dieses schöne Fleckchen Erde einen Vergleich mit der vielbesuchten Strecke am Rhein: Koblenz—Bingen aushalten. Eine besondere Würdigung ließ Dr. Schäfer den Hauptorten Melk, Spitz, Weißenkirchen und Krems angedeihen, wobei die Leinwand Bilder von solch entzückender Schönheit wiedergab, daß man aus dem Staunen nicht herauskam. Der Vortragende ließ seine packenden Ausführungen ausklingen in einen herzlichen und warmen Appell an die deutschen Brüder, unseren stammverwandten Landsleuten die Hand entgegenzustrecken, wobei er vor allem die bekannte österreichische Liebenswürdigkeit unterstrich, die ihm sowohl von der Behörden als auch von privater Seite zuteil geworden sei, um mit den Worten Grillparzers zu schließen: „Es ist ein gutes Land, / Was hast ihr dessen Gleichen schon gesehn? / Inmitten dem Kind Italien, dem Manne Deutschland / Liegst du, der wargenrote Jüngling, da." — Oberstudiendirektor Dr. Schäfer fand für seine fesselnden Ausführungen ein dankbares Publikum.

⊙ **Der Schwurgerichtssaal ohne Licht.** Am Mittwochabend erlosch im Schwurgerichtssaal infolge Kabelbruches das elektrische Licht. Man versuchte zunächst bei einigen Petroleumlampen weiter zu verhandeln, doch erwies sich das als nicht möglich. Zwei sofort herbeigeholte Monteure konnten da das Gerichtsgebäude mehrere elektrische Leitungen besitzt, innerhalb 15 Minuten durch Anschließen des Schwurgerichtssaales an eine andere elektrische Ader wieder Licht schaffen.

+ **Ausstellungen von Weihnachtsgaben für die Diaspora und die Missionen.**

Zwei Ausstellungen von Weihnachtsgaben für die notleidende Diaspora sowie die Heidenmission werden in diesen Tagen in Münster veranstaltet, die eine im Agnes-Stift in der Bogenstraße von den Mitgliedern des Vereins kath. kaufmännischer Gehilfinnen, die andere im St. Mauritzhause am Mauritzsteinpfad von der Paramentenabteilung der Jungfrauenkongregation von St. Mauritz.

Was die reichhaltige Ausstellung von Handfertigkeitsarbeiten der kath. kaufmännischen Gehilfinnen anbelangt, so umfaßt diese zwei größere Abteilungen, deren Gegenstände einmal für ein Säuglingsheim, zum andern für ein Waisenhaus in der Provinz Sachsen bestimmt sind. Die für das Säuglingsheim angefertigten Gebrauchsgegenstände sind lediglich Kinderwäsche und alle für die Säuglingspflege erforderlichen sonstigen Sachen. Für das Waisenhaus, ebenfalls in Sachsen, kommen in Betracht Leibwäsche, Unterröcke, wollenes Unterzeug, Strümpfe, Taschentücher sowie Pelzmützen und Kinderkleider, alles überaus hübsche Gaben, denen man es auf den ersten Blick ansieht, wieviel Arbeit und Mühe bei ihrer sorgfältigen Anfertigung verwandt worden ist.

Die Ausstellung im Mauritzhause erstreckt sich lediglich auf Paramente, ebenfalls als Weihnachtsgeschenke für die armen Diasporagemeinden und die Heidenmission gedacht. Kunstvoll gestickte Meßgewänder, Stolen, Vallen usw., ebenso schöne Häkelarbeiten an Altardecken, Kommuniontüchern, Rochets u. a. geben Zeugnis von unermüdlicher fleißiger Handarbeit nicht nur, sondern auch von aufopfernder Hingabe, ohne die sich derartige zeitraubende und anstrengende Arbeiten nun einmal nicht herstellen lassen.

Beide Ausstellungen verdienen Lob und Anerkennung in höchstem Maße, und herzlicher Dank der Notleidenden und Bedürftigen der Diasporagemeinden und Missionen ist den unverdrossen schaffenden Mitarbeiterinnen sicher. Er gebührt ihnen in der Tat. Der kostenfreie Besuch der Ausstellungen ist auch heute, Freitag, noch gestattet und namentlich der Frauenwelt zu empfehlen. Wie man hört, wird auch die Paramentenabteilung der Jungfrauenkongregation von St. Joseph in den kommenden Tagen eine derartige Ausstellung veranstalten.

Schwurgericht.

≠ **Münster,** 7. Dezember.

Das dritte Meineidsverfahren.

Am letzten Tage der Schwurgerichtsperiode saß wiederum der 27jährige Arbeiter Hermann Buß aus Graes auf der Anklagebank. Diesmal richtete sich gegen Buß, den Angeklagten vom Vortage, die Anklage des Meineides und verschiedener Versuche, andere Personen zu falschen Aussagen vor Gericht zu bestimmen. Zwei Verfahren gehen dem heutigen Verfahren voraus. Am hellen Tage gegen 2 Uhr nachmittags am 12 November 1925 war es zu einem Konflikt zwischen dem Schmied Bernhard Beckmann aus Otterstein und der Ehefrau Katharina Elfering aus Graes gekommen. Diesem Zusammenstoß wohnte Buß bei, der zu der Frau E. Beziehungen unterhielt. Er wurde als Zeuge in dem Verfahren vernommen. Am 27. April 1926 vor dem Schöffengericht und am 11. März 1927 vor dem Berufungsgericht in Münster machte Buß unter Eid die Angabe, daß er das Kontorte nicht beobachtete. Die heutige Anklage wirft Buß vor, daß diese Angabe unwahr ist. Schon die beiden Strafgerichte glaubten Buß nicht und verurteilten die Ehefrau E. wegen Körperverletzung und wissentlich falscher Anschuldigung. Frau E. kam am 12. November mit Buß und dem Schmied Beckmann aus Ahaus vom Markt. Sie fuhren auf ihren Rädern eine gleiche Strecke Wegs zusammen. Es kam wegen eines Dorfgeredes zu einem Konflikt, in dessen Verlauf Frau Elfering dem Schmied Beckmann ins Rad fuhr, dieser kopfüber in den Graben stürzte. Mit Fäusten und Fußtritten bearbeitete die Elfering den Mann, der schließlich ohne sich zu wehren auf seinem Rad floh. Die Elfering fuhr sofort nach dem Vorfall zum Amt in Westum und erstattete gegen Beckmann Anzeige wegen eines Raubüberfalls. Beckmann habe es auf ihr Geld abgesehen gehabt, das sie von der Kasse geholt habe. Das Blatt wendete sich im Laufe der Ermittelungen, und es kam zu dem oben erwähnten Verfahren gegen die Elfering, in dem Buß die Angabe gemacht hat, die heute zur Behandlung vor dem Schwurgericht steht. Das Verfahren gegen Buß wegen Meineides fußt auf der eigenen Einlassung des Angeklagten einigen Bekannten gegenüber, denen er erzählte, daß er den Vorfall aus nächster Nähe mitansah.

Bei anderer Gelegenheit leitete Buß ein Wiederaufnahmeverfahren ein und benannte einen Zeugen Hagel, den er vorher bestimmt haben soll, eine ihm günstige Aussage entgegen der Wahrheit zu machen. Mit dem gleichen Ansinnen soll Buß an einen Arbeiter Feldmann in Albersloh herangetreten sein.

Das Urteil wurde abends um 21 Uhr verkündet. **Es lautet:** Der Angeklagte wird wegen Meineides und Verleitung zum Meineide unter Einbeziehung der am Tage vorher gegen ihn erkannten Zuchthausstrafe von 3½ Jahren zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Außerdem werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Nochmals werden ihm die Fähigkeiten abgesprochen, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden.

Zwei Fälle der Verleitung zum Meineide, die den Zeugen Feldmann betreffen, wurden abgetrennt.

Aus den Provinzen.

Dortmund, 8. Dez. (Zugunfall) Heute abend gegen 6 Uhr stieß ein Zug der Unionbrauerei mit einer Lokomotive der Aktienbrauerei zusammen. Dabei wurde der Lokomotivführer der Aktienbrauerei getötet, ein Heizer schwer verletzt.

Vermischtes.

* **Wahnsinnstat einer Frau.** Hannover, 8. Dez. In Wesseloh bei Verden (Aller) zündete die Frau eines Landwirts, erregt über Familienzwist gleiten, ihr Anwesen an, erschoß ihr dreijähriges Kind und tötete sich darauf selbst. Das Anwesen brannte vollständig nieder.

* **Ein frecher Postraub.** Halle, 8. Dez. Auf ein Postgebäude in Halle wurde ein frecher Überfall verübt. Ein Unbekannter schlug gestern nachmittag das Fenster eines Schalterraumes ein und entnahm einem nahe dem Fenster stehenden Schreibtisch 3000 Mk. Auf seiner Flucht verlor er 3020 Mk. Bisher konnte der Täter noch nicht gefaßt werden.

* **Erdbeben in Japan.** Kowno, 8. Dez. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind in Japan (Kriu) neue Erdstöße erfolgt, wobei einer der großen Uferfelsen ins Meer stürzte.

Feuersbrunst im Banat.

tu **Bukarest,** 8. Dez. **In Oravitza im Banat wütete gestern eine Riesenfeuersbrunst. Bisher sind fünfzig Häuser abgebrannt, darunter die Synagoge und die Kaserne. Ein Teil des Munitionsdepots explodierte. Die Feuerwehren sämtlicher benachbarter Städte erschienen an der Brandstätte, konnten das Feuer aber erst spät nachts löschen. Bisher sind zwei Tote und mehrere Verwundete zu verzeichnen. Der Schaden geht in die Millionen.**

Schwere Schlagwetterkatastrophe.

Madrid, 8. Dez. In den Kohlengruben von Oviedo ereignete sich ein Schlagwetterunglück, dem zwölf Grubenarbeiter zum Opfer fielen. Vier weitere Personen wurden schwer verletzt, während zwei noch vermißt werden.

Achtzehn Todesopfer eines Brandes.

Kalkutta, 8. Dez. **Hier brach in einem Zuckermagazin ein Brand aus, der auf eine anstoßende Baracke übergriff. Diese stürzte in sich zusammen. Achtzehn Personen kamen in den Flammen um.**

Soziales.

Handlungsgehilfen und -Angestellten darf das Krankengeld vom Gehalt nicht abgezogen werden!

Gelsenkirchen, 7. Dez. Eine für Handlungsgehilfen und -Angestellte äußerst wichtige Entscheidung hat unlängst das Arbeitsgericht in Gelsenkirchen getroffen, die auch in der Revisionsinstanz vom Reichsarbeitsgericht in Leipzig unter Aufhebung des Berufungsurteiles bestätigt wurde. Der Tatbestand ist kurz folgender: Ein bei den Mannesmann-Röhrenwerken (Abteilung Bergwerk) in Gelsenkirchen angestellter Handlungsgehilfe B., der sich noch jetzt in ungekündigter Stellung dort befindet, feierte kürzlich krank und bezog als Mitglied der Krankenkasse des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Krankengeld. Das Werk kürzte nun dem Angestellten vom Beginn der Krankheit an diesem das Gehalt um die Differenz des Krankengeldes, das schließlich die Höhe von 152 Mk. erreichte. Daraufhin strengte B. Klage an beim Arbeitsgericht in Gelsenkirchen und beantragte, die Beklagte zur Zahlung von 152 Mk. zu verurteilen. Die Beklagte beantragte Klageabweisung. Sie führte aus, ihre Handlungsweise sei begründet in dem § 6 des Tarifvertrages für die kaufmännischen Angestellten des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers, dessen Bestimmungen auch für den Einstellungsvertrag der Handlungsgehilfen gelten. Nach diesem § 6 wäre die Beklagte berechtigt, in Krankheitsfällen das Gehalt um die Differenz des Krankengeldes zu kürzen. Der Kläger stützte sich auf den § 63 des Handelsgesetzbuches, gegen den die Bestimmungen des genannten Tarifvertrages verstießen. Im Abs. 1 des § 63 des H. G. B. werde bestimmt, daß erkrankte Handlungsgehilfen und -Angestellte ihren Anspruch auf Gehalt und Unterhalt für eine bestimmte Dauer behalten. Der Absatz 2 des § 63 H. G. B. bestimme weiter, daß der Handlungsgehilfe nicht verpflichtet sei, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Behandlung aus einer Krankenkasse zukomme. Das Arbeitsgericht Gelsenkirchen schloß sich den Ausführungen des Klägers an und verurteilte die Beklagte zur Zahlung der 152,00 Mark. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung wurde die Sache für berufungsfähig erklärt. Auf die Berufung der Beklagten wurde der Kläger von dem Landesarbeitsgericht in Essen mit seiner Klage abgewiesen. Der beklagten Firma wurde die Berechtigung zuerkannt, ihren Angestellten das aus einer Krankenkasse bezogene Krankengeld vom Gehalt abzuziehen. Die Sach wurde auch hier wegen der grundsätzlichen Bedeutung und weil sie von großer Tragweite für die diesen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier beschäftigten Angestellten ist, für revisionsfähig erklärt. Unter Aufhebung des Berufungsurteils wurde nun die beklagte Firma Mannesmann auf die Revision des Klägers hin vom Reichsarbeitsgericht in Leipzig verurteilt, an den Kläger 152,00 Mark zu zahlen. In der Begründung, die sich im allgemeinen der des Arbeitsgerichts in Gelsenkirchen anschließt, heißt es u. a., daß es nach § 63 des H. G. B. unzulässig sei, wenn ein Arbeitgeber erkrankten Handlungsgehilfen und -Angestellten während der Dauer der Krankheit das aus einer Kranken- oder Hilfskasse bezogene Krankengeld vom Gehalt abziehe. Mit dieser klaren Entscheidung ist eine vielumstrittene Frage endlich geklärt worden.

Aus dem Reiche des Rundfunk.

Rundfunkprogramm der westdeutschen Sender.

Freitag, 9. Dez. 13,05: Köln: Konzert. Sousa: Freiheitsglocke, Marsch. — Marschner: Duo. Hans Heiling. — Humperdinck: Melodien aus Hänsel und Gretel. — Leoncavallo: Mattinata, Lied. — Grieg: 1. Suite aus Per Gynt. — Rubinstein: Walzer-Capriccio. — Aston: A Musical Jig-Saw, Potp. ● 16,05—16,25: Köln: (nur für La) Dr. Blume: Bücherstunde. ● 16,05—16,25: Dortmund (für Do, Mü): Bücherstunde. ● 16,25—17,15: Köln: Rektor Simon: Jugendfunk. ● 17,15—17,30: Köln

Aus Vatikan und Kurie

Von Professor Franz Xaver Zimmermann (Rom.)

Der beginnende Advent bringt im Vatikan die Vorbereitungen zu dem Dezember-Konsistorium, das in der Vorwoche der Weihnachtsfeiertage stattfinden dürfte. Man nimmt mit großer Wahrscheinlichkeit Montag, 19. Dezember, als Tag des Geheimen, und Donnerstag, 22. Dezember, als den des öffentlichen Konsistoriums an.

Es entspricht der in vielen Dingen bewegten Lage der Kirche, daß man der Allokution des Heiligen Vaters, die die Lage der Kirche besonders in jenen Ländern zu behandeln pflegt, wo sich wichtige Vorgänge abspielen, mit größtem Interesse, ja mit Spannung, entgegensieht. Als sicher wird angenommen, daß Papst Pius XI. neuerdings Stellung zu den Vorgängen in der Action française und in Frankreich nehmen und daß er das streng verurteilen wird, was der Lehre und den Satzungen der Römischen Kirche widerspricht. Da die schon seit mehr als einem halben Jahre vorbereitete päpstliche Enzyklika über den Nationalismus, deren Erscheinen zum Feste Christi des Königs am 30. Oktober vorausgesagt worden war, unerwarte. zurückgehalten wurde, wohl im Zusammenhang mit gewissen, damals aktuell gewordenen Dingen in Frankreich und mit dem auffallenden und viel, aber auch vielfach falsch gedeuteten Rücktritt des französischen Jesuitenkardinals Billot, erwartet man mit guten Gründen, daß der Papst in seiner Allokution sich darüber äußern wird. Es dürfte von dieser Stelle aus auch an die Gefahren und an die mißlungenen Versuche moderner Nationalkirchen, wie in der Tschechoslowakei und in Mexiko, hingewiesen, und jene Tendenzen eines überhitzten Nationalismus beleuchtet werden, die erfahrungsgemäß zum Abfall von der allgemeinen Mutterkirche und zum Schisma treiben. Das Nationalitätenproblem liegt Papst Pius XI. persönlich am Herzen und aus berechtigten Besorgnissen heraus, dürfte der Vatikan die volle Autorität seiner Lehre und seiner Aufgaben in den Kampf der gegenwärtigen Lage werfen.

Bezüglich der inneren Angelegenheiten der kirchlichen Hierarchie ist man auf jene päpstlichen Entscheidungen gespannt, die die Neubesetzung der freigewordenen Kardinalssitze betreffen werden. Seit dem letzten Konsistorium, bei dem mit der Ernennung der Kardinäle van Roey und Hlond, die Zahl von 69 Kardinälen erreicht worden war, sind sieben Mitglieder aus dem Heiligen Kollegium ausgeschieden, einer durch freiwilligen Verzicht, sechs durch den Tod. Dazu befürchtet man täglich das Ableben des schwer erkrankten Kardinals De Lai. Noch steht seitens des Vatikans jede Äußerung über die neuen Purpuranwärter aus, aber man nimmt in kurialen Kreisen an, daß nur etwa drei neue Kardinäle kreiert werden sollen. Namen zu nennen, wie sie vor jedem Konsistorium durch die römische Presse gehen, ist müßig, da die Entscheidungen des Heiligen Stuhles, wie die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, mit Absicht der allgemeinen Erwartung ausweichen. Mit einer gewissen Sicherheit kann man nur auf die Ernennung eines spanischen und eines französischen Kardinals rechnen. Daß der Berliner Nuntius Msgr. Pacelli, „in pectore reservier." und erst bei späterer Gelegenheit proklamiert werden soll, ist vorläufig nur Hypothese. In vatikanischen Kreisen betont man aber hartnäckig die Amtswirksamkeit des Apostolischen Nuntius von Lissabon, Msgr. Nicotras, auf den Purpur. Da das Befinden des öfters kranken deutschen Kurienkardinals, Andreas Frühwirth, sich so gebessert hat, daß er aus dem Sanatorium in seine Wohnung im Santo Uffizio zurückgekehrt ist, wird der Kardinal an dem Konsistorium teilnehmen können, in dem seine, im heurigen Sommer erfolgte Ernennung zum Kanzler der Heiligen Römischen Kirche öffentlich und offiziell bekannt gemacht werden wird.

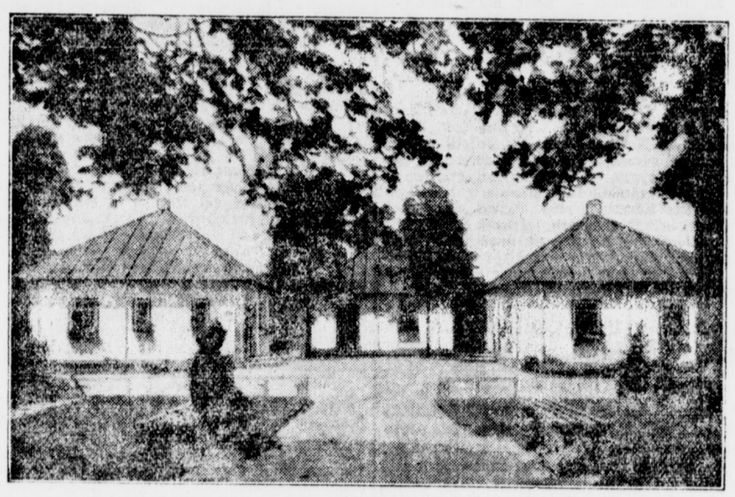
Auf dem Felde der päpstlichen diplomatischen Vertretungen im Ausland werden neben den schon vollzogenen Veränderungen neue vorbereitet. An einen der bedeutendsten Auslandsposten der Kirche, in Paris, hat die gegen den Nuntius, Msgr. Maglione, eingeleitete Kampagne, die auf dessen Abberufung hinarbeitete, keinen Erfolg gehabt, denn der Nuntius, der sich des vollsten Vertrauens des Papstes erfreut, bleibt auf seinem Posten. Ebenso sicher wird der päpstliche Nuntius in Madrid, Msgr. Tedeschini, entgegen der allgemeinen Annahme, wohl auf seiner Stelle verbleiben, die er seit sieben Jahren so vorzüglich bekleidet. Wir sind auch nicht des Glaubens, daß für den nun seit zwei Jahren in Rom weilenden Prager Nuntius, Msgr. Marmaggi, der Warschauer Posten in naye Aussicht genommen ist, der sei. der Einberufung des Kardinals Lauri in die Kurie offen blieb. Manche Stimmen nennen noch immer, wenngleich ohne Bestätigung, den päpstlichen Kammervorstand, Msgr. Caccia Dominioni, als Anwärter auf diesen Posten, während Caccias weitere hierarchische Laufbahn anderswo hin zu zielen scheint. Da die Konkordats-Verhandlungen mit Rumänien bis auf die noch ausstehende Unterzeichnung des Instrumentes abgeschlossen sind, ist es nicht unmöglich, daß der Bukarester Nuntius, Msgr. Dolci, auf einen anderen Posten kommt, ehe noch die Unterfertigung erfolgt. Man nennt Lissabon für ihn. Als Nuntius ist nach Chile der bisherige Uditor in Portugal, Msgr. Felici, abgegangen, und an die Pariser Nuntiatur der frühere Uditor von Chile, Msgr. Levame, als Uditor. Im kolumbischen Bogota hat Msgr. Lunardi sein Amt als Uditor angetreten und der wichtigste Mitarbeiter des Pariser Nuntius Cerretti, Msgr. Valerio Valeri ist aus dem diplomatischen Dienst geschieden und hat in Alexandrien die Leitung der Apostolischen Delegation von Ägypten und Arabien übernommen.

Mit dem Tode des Kardinals Giovanni Bonzano, der am 26. November in Rom an Herzschwäche nach einer gelungenen Bauchtumor-Operation starb, hat die römische Kurie ein bedeutendes Mitglied verloren, einen Kirchenfürsten, dessen Name im Vorjahr in aller Munde war, als Kardinal Bonzano als päpstlicher Delegat a latere den Heiligen Vater beim Eucharistischen Kongreß in Chicago vor aller Welt so glänzend hervortrat. Der Kardinal war in Castelletto Scazzoso 1867 geboren worden und bereitete sich, einem Herzenswunsche folgend, im Missionskolleg der Apostel Petrus und Paulus in Rom auf den Beruf eines Missionars vor, den er zehn Jahre lang in China ausübte, bis ihn Gesundheitsrücksichten zur Heimkehr zwangen. Hier war er Generalvikar von Vigevano und Rektor des Collegium Urbanum der Propaganda Fide in Rom, zuletzt als Kurienkardinal Mitglied verschiedener Kongregationen und des Tribunals der Apostolischen Segnatura, sowie Protektor zahlreicher Frauenorden von Nord- und Südamerika, wie von Spanien. Höchst segensreich wirkte er für die Kirche in den langen Jahren, da er Apostolischer Delegat in Washington war. Dort erwarb er sich nicht nur die Liebe und Anhänglichkeit der Katholiken, sondern auch die Verehrung und den Respekt von mancher protestantischer Seite. Seine eigene Anhänglichkeit bewies er den Amerikanern auch noch in Rom, indem er hier seine frühere Titelkirche von San Pancrazio mit der von Santa Susanna vertauschte, wo die Amerikaner Roms ihren vielbesuchten Gottesdienst haben. Seine Bestattung erfolgte Mittwoch, 30. November, nach dem feierlichen Requiem.

Aus der Stadt.

Münster, 9. Dezember.

Der Ballon Münster VI, Führer Alfred Kock-Borghorst, der Mittwoch vormittag gegen 10 Uhr aufgestiegen war, ist gegen 2 Uhr 4 Kilometer nördlich Vreden glatt gelandet.



Eine Stahlhaus-Siedlung in Duisburg.

Die vereinigten Stahlwerke, Duisburg, haben Stahlhäuser-Siedlungen bei Duisburg gebaut, deren kleine, schmucke und farbenfrohe Häuser äußerlich von Steinbauten kaum zu unterscheiden sind. Bemerkenswert ist, daß sich die Mietspreise etwa auf die Hälfte der Mieten in steinernen Neubauten stellen.

Aus der Westfälischen Zentrumspartei.

Arbeiterbeirat der Westf. Zentrumspartei. Am kommenden Sonntag, den 11. Dezember d. Js., nachmittags 2 Uhr findet im katholischen Gesellenhaus zu Hamm i. W., Oststraße 53, eine bedeutsame Tagung des Arbeiterbeirates der Westfälischen Zentrumspartei statt. Zu dieser Sitzung, zu der die persönlichen Einladungen bereits ergangen sind, werden hiermit die Mitglieder des Arbeiterbeirates der WZP. nochmals herzlichst eingeladen.

Am gleichen Tage tritt in Köln auch der Arbeiterbeirat der Rheinischen Zentrumspartei zu einer wichtigen Sitzung zusammen. Angesichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse ist mit bedeutsamen Kundgebungen zu rechnen.

Die zunehmende Verschlechterung der Lage des öffentlichen Arbeitsmarktes.

Das Arbeitsamt (öffentlicher Arbeitsnachweis für Stadt- und Landkreis) Münster, Rothenburg 5/6, teilt uns mit:

Nach den letzten Berichten des Instituts für Konjunkturforschung befindet sich die deutsche Wirtschaft noch immer in einem Stadium der Hochkonjunktur. Von Anzeichen für einen baldigen Umschwung der Konjunktur kann noch nicht gesprochen werden.

Die Lage in Münster entspricht durchaus diesem Urteil für die gesamte deutsche Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit ist zwar wesentlich gestiegen, diese Tatsache braucht aber keine Veranlassung zur Beunruhigung zu geben. Die Zunahme ist vielmehr ganz überwiegend durch die Witterungsverhältnisse, namentlich durch die Sorge vor einem harten Winter bedingt. Da Münster (ebenso wie seine Umgegend, insbesondere Greven) im letzten Jahre eine starke Zuwanderung Auswärtiger zu verzeichnen hatte und für die nächsten Monate nur mit der Abwanderung eines Teiles dieser Zugereisten zu rechnen ist, dürfte die Arbeitslosigkeit diesen Winter bei anhaltenden Frost trotz der an sich günstigen Konjunktur einen ziemlich großen Umfang annehmen.

Im einzelnen war die Lage des Arbeitsmarktes folgendermaßen: Der November brachte eine erhebliche Abnahme der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Im metallverarbeitenden Gewerbe war die Lage nach wie vor günstig. Unter dem Einfluß der Entlassungen im Baugewerbe nahm lediglich die Zahl der arbeitslosen Klempner etwas zu. Durchaus befriedigend war die Lage ferner im Holzgewerbe und insbesondere im Spinnstoffgewerbe. Dagegen machte sich im Bekleidungsgewerbe in diesem Jahre die saisonübliche Belebung der Konjunktur so gut wie gar nicht bemerkbar. Im Baugewerbe ist die Arbeitslosigkeit sehr viel stärker gestiegen als im Vorjahr. Namentlich die kleineren Betriebe haben nach dem Eintritt des ersten Frostes trotz der Witterungsbesserung, die nachher eintrat, nur einen Teil der Belegschaft weiter beschäftigt. Betroffen ist dadurch namentlich der Hochbau, während im Tiefbaugewerbe vorläufig erst eine geringe Einschränkung der Arbeiten festzustellen ist. Pflasterer blieben sogar noch gesucht. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurde auch das Maler- und Anstreichergewerbe. Dagegen nahm im Gastwirtsgewerbe die Arbeitslosigkeit wieder ab. Für die Angestelltenberufe ist zumindest keine Verschlechterung festzustellen. Das Angebot von hauswirtschaftlichen Arbeitskräften nahm etwas zu.

Das Zahlenbild des lokalen Arbeitsmarktes war das folgende: Arbeitslos waren Anfang Dezember (November) insgesamt 1207 (722), davon männlich 913 (468), weiblich 294 (254). Von der Gesamtzahl entfielen auf das metallverarbeitende Gewerbe 55 (38), Holzgewerbe 21 (17), Bekleidungsgewerbe 69 (60), Baugewerbe, Facharbeiter 251 (29), Ungelernte 139 (22), Ungelernte insgesamt 355 (139), Angestellte 218 (221), Hauswirtschaft 108 (93).

Aus der Provinz Westfalen.

Greven, 6. Dez. (Freispruch trotz Verstoßes gegen das Wassergesetz.) In der Nähe des Schulzenhofes H. liegt an der Münsterstraße eine Mühle, bei der sich ein Stauwert befindet. Dadurch daß das Wasser über den festgesetzten Pegel hinaus aufgestaut war, waren die Grundstücke verschiedener Anlieger wiederholt überschwemmt worden. Als am 23. August d. Js. gegen 7½ Uhr vormittags der Landwirt Hollender zum arbeiten auf seiner an der Aa liegenden Wiese gehen wollte, kam ihm sein Nachbar entgegen und sagte, daß seine Wiese unter Wasser stünde. Hollender ging darauf nach Haus zurück und benachrichtigte telephonisch die Polizeiverwaltung Greven. Ein von dort entsandter Polizeibeamter stellte gegen 9½ Uhr vormittags fest, daß das Wasser in dem Staubecken vor der Stauanlage nicht bloß über dem Sommer-, sondern sogar 10—12 Ztm. über dem Winterpegel stand. Die Besitzerin des Schulzenhofes und der Mühle hatte sich vor dem Amtsgericht zu verantworten, daß sie entgegen den Vorschriften des Wassergesetzes das Wasser über die Staumarke hinaus aufgestaut hatte. Sie verteidigte sich einmal damit, daß sie wegen ihrer Krankheit die Verwaltung ihrer Gesamtwirtschaft nicht selbst habe führen können und sie daher ihrem Neffen übertragen habe, der sie schon jahrelang zu ihrer Zufriedenheit geleitet habe. Im übrigen habe sie am fraglichen Tage gegen 8 Uhr vormittags gesehen, daß das Wasser ungefähr in Höhe des Sommerpegels stand. Bei berechtigten Klagen über zu hohes Stauen habe sie die schuldigen Müller entlassen. Wenn also ein schuldhaftes Handeln vorliege könne es ihr nicht zur Last gelegt werden. Das Gericht konnte sich der Triftigkeit der Gründe der Beschuldigten nicht verschließen und sprach sie frei, da nicht nachgewiesen sei, daß das Wasser mit ihrem Vorwissen über die zulässige Höhe aufgestaut wäre und daß sie es bei der Beaufsichtigung des Betriebes, der Auswahl und Beaufsichtigung der Aufsichtspersonen an der erforderlichen Sorgfalt habe fehlen lassen.

Burgsteinfurt, 7. Dez. (Neue Amtsbezeichnung.) Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat den an der Landwirtschaftlichen Schule hier angestellten Fachlehrern Direktor Borgerding und Landw.-Lehrer Blen die Amtsbezeichnung „Landwirtschaftsrat" verliehen.

Appelhülsen, 7. Dez. (Lebensgefährliche Messerstecherei.) Zwei Rottulner Bauarbeiter waren am Freitag abend nach ihrer alltäglichen Arbeit an der Umgehungsbahn in Münster gegen 7 Uhr mit dem Zuge nach Appelhülsen gefahren. Sie besuchten mehrere Wirtschaften und kamen schließlich zur Wirtschaft T., wo sie eine Gruppe junger Männer beim Kartenspiel antrafen. Die beiden Bauarbeiter Bernhard H. und Hubert Sch. sahen dem Kartenspiel zu und konnten sich nicht enthalten, ihre Meinung über die Spielart zu äußern, natürlich zum Mißfallen der Spieler. H. veranlaßte daraufhin Sch., mit ihm die Wirtschaft zu verlassen. Kurze Zeit darauf stand St. vom Spieltisch auf, um angeblich für einen kurzen Augenblick die Wirtschaft zu verlassen. Draußen traf er mit dem stark angetrunkenen H. zusammen, und es entspann sich im Nu ein Streit zwischen den beiden. St. flüchtete in Richtung Buldern, öffnete auf der Flucht sein Taschenmesser und erwartete den in seiner Trunkenheit mühsam folgenden H. Bei diesem Zusammenstoß erhielt H. einen Messerstich, der die Halsschlagader durchschnitt. Mit Mühe gelang es dem Schwerverletzten, bis in die Wirtschaft H. zu kommen, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Dem sofortigen Eingreifen des Arztes hat es der Verletzte, der in Lebensgefahr schwebte zu verdanken, daß nicht der Tod durch Verbluten eintrat. Der Messerheld war inzwischen in seine Wohnung geflüchtet, wo er von dem Polizeibeamten verhaftet wurde.

Buldern, 7. Dez. (Folgenschwerer Raufhändel.) Seit einiger Zeit treiben mehrere junge, übermütige Burschen ihr Unwesen in unserem Orte. In der Nacht zu Allerseelen machte sich eine Gruppe junger Leute an dem Kriegerdenkmal in Buldern zu schaffen und demolierte es, indem sie die das Denkmal flankierenden Pyramiden umstürzte. Das Beschädigen von Warnungstafeln und das Verschleppen von amtlichen Schildern war an der Tagesordnung. Die Behörde versuchte dem Treiben entgegenzuarbeiten und verankerte die Warnungstafeln beispielsweise so, daß an ein Ausreißen und Verschleppen nicht mehr gedacht werden konnte. Jugendlicher Übermut, gepaart mit Erfindergeist von Taugenichtsen fand neue Wege sich zu betätigen. Man bestrich die Tafeln mit Teer und erschwerte den Behörden dadurch die Arbeit. Die Verkehrsunsicherheit nahm mit jeder neuen Tat zu. Man rollte schwere Bauschuttsteine auf den Straßendamm, sodaß leicht ein Autounglück verursacht werden konnte. Durch eine Tat in der Nacht auf Montag voriger Woche wurde allen Übeltaten die Krone aufgesetzt. Kurz nach Mitternacht wurde ein Anstreichergehilfe Sch. von einem gewissen R. so übel durch Stockschläge zugerichtet, daß er mit einer leichten Gehirnerschütterung ins Krankenhaus in Dülmen eingeliefert werden mußte.

Lünen, 7. Dez. (Die 93. Westfälische Provinzial-Geflügelschau) fand in Verbindung mit der 50jährigen Jubiläumsschau des Geflügelzuchtvereins Wethmar und der 13. Kreisverbandsausstellung im hiesigen Schützenhofe statt. Die öffentlichen Behörden waren durch Landrat Dr. von Stockhausen-Lüdinghausen und Amtmann Dr. Hendrichs-Bork vertreten. Der Vorsitzende des Jubiläumsvereins sprach bei der Eröffnung der Schau zunächst über die Bedeutung der Kleintierzucht für die Wirtschaft unseres deutschen Volkes. Oberlehrer Bäuerlein-Lüdinghausen als Vorsitzender des Kreisverbandes fand sodann herzliche Begrüßungsworte und brachte dem Jubiläumsverein die Glückwünsche seines Verbandes dar. Ihm schlossen sich an der Landrat des Kreises Lüdinghausen und namhafte Vertreter der Wirtschaft und Industrie. Nach einer Rundfahrt durch die glänzend beschickte Ausstellung, die ein ausgezeichnetes Tiermaterial aller Arten und Rassen aufwies, fand die Eröffnungsfeier ihr Ende. Die dreitägige Ausstellung war außerordentlich gut besucht.

Aus der Grafschaft Bentheim.

Altendorf, 6. Dez. (Die Eingemeindungsfrage.) In der vorletzten Gemeindeausschußsitzung wurde mit 13 : 2 beschlossen, mit Nordhorn über die Eingemeindung dorthin zu verhandeln. Inzwischen ist nun hier der Wunsch laut geworden, der Kreis möge als Garant für die Eingemeindungsbedingungen auftreten und der Gemeindeausschuß möge hierzu seine bezüglichen Rechte dem Kreise Bentheim übertragen. Man hofft dadurch Vorteile für Altendorf bei der etwaigen Eingemeindung zu erreichen. Der Gemeindeausschuß trat in dieser Angelegenheit am Samstagnachmittag zu einer Sitzung zusammen. Der erste Teil der Sitzung war vertraulich. Es wurde darin Bericht erstattet über die Verhandlungen mit Bürgermeister Henn-Nordhorn. In der öffentlichen Sitzung war auch den anwesenden Gemeindeeingesessenen Redefreiheit gestattet. Es wurde davon ausgiebig Gebrauch gemacht. Schließlich wurde beschlossen, eine sechsgliedrige Kommission zu wählen, die die Bedingungen, unter denen Altendorf sich für die Eingemeindung entschließen würde, zusammenstellen soll. Die Bedingungen sollen gesondert den Eingesessenen der einzelnen Ortsteile Altendorfs (Binnen-Altendorf, Deegfeld und Vorde) zur Besprechung vorgelegt werden. Je zwei Vertreter der einzelnen Ortsteile sind in die Kommission gewählt worden.

Vermischtes

Der „Notruf" der Dreijährigen. Kopenhagen, 6. Dez. Ein junges Ehepaar, das ein dreijähriges Töchterchen hatte, war, als die Kleine eingeschlafen war, zur Mutter der jungen Frau auf Abendbesuch gegangen. Als die Eltern fort waren, erwachte die Kleine. Da niemand auf ihren Ruf antwortete, stand sie auf, krabbelte in das Wohnzimmer und da sich auch hier niemand befand, knipste sie das elektrische Licht an und suchte die Wohnung vergeblich ab. Entschlossen nahm sie schließlich den Telephonhörer ab, um Großmama anzurufen, wo sie ihre unsoliden Eltern vermutete. Durch ein Versehen der Beamtin wurde sie mit dem Gesundheitsminister Dr. Rubow verbunden. Als der Minister, den die kleine Eva sogleich zum Onkel ernannte, erfuhr, worum es sich handelte, beruhigte er als erfahrener Kinderarzt die Kleine so gut, daß sie wieder in ihr Bett krabbelte, nachdem er hoch und heilig versprochen hatte, Großmama, deren Namen er zufällig kannte, anzurufen und die pflichtvergessenen Eltern herbeizurufen. Selbstverständlich hielt er sein Versprechen, und die Eltern der Kleinen waren nicht wenig verblüfft, als sie vom Gesundheitsminister den Befehl erhielten, sogleich nach Hause zu gehen, unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß es unverantwortlich sei, ein so kleines Kind allein in der Wohnung zu lassen.

14 Rennpferde verbrannt.

Die Stallgebäude der Rennbahn in Telgte eingeäschert.

= **Telgte**, 8. Dez. Roter Feuerschein am abendlichen Himmel versetzte die Telgter Bürgerschaft in Aufregung. Bald wurde bekannt, daß die Stallgebäude auf der Rennbahn, die gegenwärtig von dem bekannten holländischen Rennstallbesitzer Koning gepachtet sind, in Flammen standen. Die hiesige Freiwillige Feuerwehr rückte sofort zum Brandherd, doch konnte sie fast nichts mehr ausrichten, da das Feuer, genährt durch die reichen Heu- und Strohvorräte, mit größter Gewalt um sich griff. Die Stallgebäude sind völlig vernichtet worden. Leider fielen 14 wertvolle Spring- und Turnierpferde den Flammen zum Opfer. Acht Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden, von denen eins Brandwunden erlitt. Herr Koning, der zufällig in Telgte zu Besuch weilte, begab sich sofort zur Brandstelle und war Zeuge des Unglücks, das ihm den größten Teil seines wertvollen Pferdematerials geraubt hat.

Wie uns mitgeteilt wird, wurde das Feuer gegen 7 Uhr von des Weges kommenden Leuten bemerkt, die sofort die Nachbarn benachrichtigten. Die Gutsbesitzer Schulze Holsen und Everwien eilten sofort herbei, und es gelang ihnen unter äußerster Anstrengung und Mühen, acht Pferde dem nachgerade prasselnden Element zu entreißen. Leider konnten sie an die in der Mitte gelegenen Stallungen nicht mehr herankommen, so daß vierzehn der besten Pferde elendiglich umkamen. Von den drei Jockeis war keiner anwesend. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist nichts bekannt. Man nimmt an, daß das Feuer von dem Dachfirst aus seinen Weg genommen hat. Die Balken über den Ställen waren noch am Tage vorher mit Stroh aufgefüllt worden, so daß das Feuer sich schnell ausbreiten konnte.

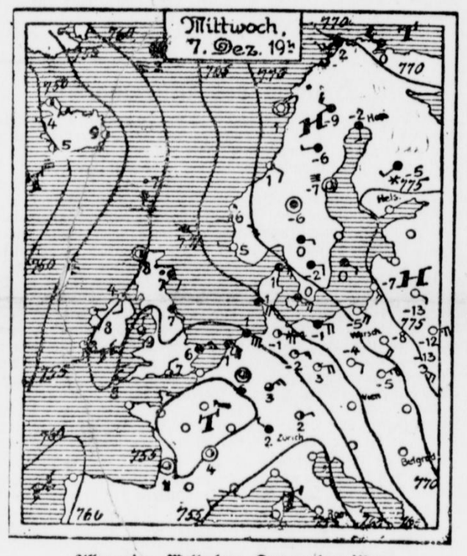
*

Wie uns ergänzend gemeldet wird, sind nachstehend aufgeführte Rennpferde, die allen Turffreunden von den Telgter, Gronauer und sonstigen Rennen bekannt sind, verbrannt: Totsicher, Franziske, Freischütz, Sterndeuter, Hofgarten, Prachtkerl, Royal Fox, Grönland, Standrecht, Cly, Farne, außerdem verbrannten zwei prachtvolle Mutterstuten und zwei Fohlen.

Der Brand wurde zuerst von dem Landwirt Weber bemerkt. Die Rettung der acht Pferde ist dem tatkräftigen Eingreifen des Gutsbesitzers Holsen nebst Sohn und des Gutsbesitzers Stübbe zu verdanken. Unter der Tribüne, die vom Feuer verschont blieb, waren noch weitere 7 Pferde untergestellt, so daß die Gesamtzahl der auf der Telgter Rennbahn untergebrachten Pferde 29 betrug.

Wetterdienst des Münsterischen Anzeigers

verantwortlich bearbeitet von Walter Lammert, Münster.



Allgemeine Wetterlage Donnerstagmittag.

Die großen ozeanischen Wirbel haben sich in ihrem östlichen Teile, der die Küsten Westeuropas gestern berührte, auffallend stark verflacht durchschnittlich ist das Barometer z. B. über England in den letzten 24 Stunden um 30 Millimeter gestiegen. Es besteht über Osteuropa der Kältehochdruck in fast unverminderter Millimeterhöhe fort, der Frost in seinem Bereich hat eine Verstärkung erfahren. In Ostpreußen sind nahezu 10 Grad, in der Provinz Brandenburg 4 Grad C. Luftdruckanstieg hat außerdem über Skandinavien stattgefunden sowie über der Nordsee. Alle diese Umstände deuten darauf hin, daß der Kältehochdruck auch weiterhin die Führung unserer Wetterlage fortsetzen will, nachdem einer der stärksten Anstürme der ozeanischen Warmluftwirbel vollkommen abgeprallt ist. Über Frankreich befindet sich ein flaches Tief, das aber ohne Einfluß für unser Wetter bleibt, bzw. lediglich die Luftzufuhr aus Osten und Norden anhalten läßt.

Aussichten für Freitag.

Zunahme des Frostes, trocken, teils aufgeheitert, stellenweise trüb-neblig.

Wetterlage Münster, Donnerstag, den 8. Dezember, 12 Uhr mittags.

Temperatur im Schatten: 0,0 Gr. C., höchste von gestern: 3,4 Gr. C., tiefste der Nacht: —1,7 Gr. C., Bodenwindrichtung: NO., Stärke 2, Stundengeschwindigkeit: 12 Kilometer = 3,4 Sek.-Meter bzw. 2 Kilogramm Winddruck auf 1 Quadratmeter Fläche, Höhenwinde: östlich, Witterung: heiter, Dunst, Barometerstand: 758,1 Millimeter, Tendenz: etwas steigend, Sicht bis 2 Kilometer Luftlinie.

Briefkasten.

Anfragen ohne Namensnennung sowie ohne Einreichung der Abonnementsquittung können keine Berücksichtigung finden.

Nach Sendenhorst. Nach § 4 der Verordnung über die Arbeitszeit kann die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer der Arbeitszeit für männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre um höchstens 2 Stunden täglich überschritten werden bei Arbeiten zur Bewachung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des eigenen oder fremden Betriebes bedingt ist. Bei Arbeitnehmern unter 16 Jahren darf die zulässige Dauer nur um höchstens 1 Stunde überschritten werden. Wenn im Lehrvertrag die Zahlung einer Vergütung für das letzte halbe Jahr nicht vereinbart ist, brauchen Sie eine solche auch nicht zu zahlen.

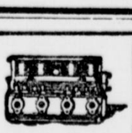
Die Fahrstraße ist kein Spielplatz

Die Gesellschaftskleidung des Herrn in vornehmer Qualitätsausführung und elegantem Passform wird angefertigt in der Maßschneiderei Gollbusch Krummer Timpen 57 Telefon 2811





„Westfalenbräu Export" ist unübertroffen
„Edelbräu Pilsener" ist das Bier in großer Vollendung
„Flaschenbier" ist und bleibt das Beste
Überall erhältlich Überall erhältlich
Brauerei Westfalia Gebr. Hagedorn & Comp. Münster Westf.

Schleifen von


F. L. WENNING
Präzisions-Dreherei
MÜNSTER I.W. SCHILLERSTR. 55
TELEFON 1438

Restauration
Halle Münsterland
Besitzer Josef Hülsbömer
Gutgepflegte Biere und Weine
Mittagessen von 1 Mark an
Reichhaltige Tageskarte
Angenehme Restaurations- und Gesellschaftsräume
Säle passend für jede Festlichkeit

Handel und Volkswirtschaft.

Krupps Aufstieg.

Die innere Gesundung und Festigung der Firma weiter fortgeschritten. Starke Steigerung der Bilanzsumme. — Keine Bankschulden. — Überschuß an Betriebsmitteln 50 Millionen. — Keine Dividendenzahlung. — Die Durchführung des Neubauprogramms gesichert. Gesamtbelegschaft 86 000 Mann.

Schon neun Wochen nach Schluß des Geschäftsjahres vermag die Friedrich Krupp A.-G. ihren Abschluß vorzulegen; bei der Vielseitigkeit ihres Fabrikationsprogramms und der räumlich weiten Verzweigung der Konzernteile ein Beweis für straffste Zentralisation und rationelle innere Durchbildung.

Seit Jahren verfolgt die deutsche Öffentlichkeit das zähe Ringen der Firma Krupp um die Wiedergewinnung ihrer einstmals starken Stellung in der deutschen Volkswirtschaft. Die Nachkriegsjahre haben die Werksleitung vor riesige Aufgaben gestellt. Immer neue Hindernisse wirtschaftlicher und politischer Art versperrten den Weg zum Wiederaufstieg. In zäher Arbeit wurden sie überwunden. Während die Waffenfabriken des Siegerstaates England — Vickers u. Armstrong — heute noch in den größten Schwierigkeiten stecken, hat Krupp wieder festen Boden unter den Füßen. Offenbar hat die schwere Vergangenheit starke Kräfte innerhalb der Firma ausgelöst und ihr einen kräftigen Impuls verliehen. Bei Krupp hat man wenig von Rationalisieren geredet und dafür um so energischer gehandelt. Zwei Vorstandsmitglieder regieren heute ein Unternehmen, das in allen Ländern der Erde Vertretungen unterhält und eine Gesamtbelegschaft von 86 000 Menschen aufweist. Entsprechend ist die ganze Verwaltung vereinfacht und verbilligt. Mögen sich Reich, Länder und Gemeinden mit ihrem üppigen Verwaltungsapparat ein Beispiel an dieser privatwirtschaftlichen Leistung nehmen!

Die vorliegende Bilanz dokumentiert auch zahlenmäßig die innere Gesundung und Festigung der Firma. Sie weist eine Bilanzsumme von 419 Mill. gegen 344 Mill. im Vorjahre aus. Die Steigerung der Bilanzsumme deutet auf einen wesentlich vergrößerten Geschäftsumfang hin. In der Tat haben die einzelnen Werke Rekordmengen in ihrer Erzeugung aufzuweisen. Die Stahlerzeugung war die höchste seit Bestehen der Firma. Mit verhältnismäßig kleinem Kapital (160 Mill. RM.) vermochte Krupp den stark gesteigerten Umsatz zu finanzieren. Starke Beschleunigung des Produktionsprozesses und eine rationelle Vorratswirtschaft haben dies ermöglicht. Der Posten Wertpapiere und Beteiligungen ist infolge weiterer Interessennahmen um 12 Mill. gestiegen. Eine außerordentliche Vermehrung zeigt der Posten Bankguthaben (von 14 Mill. auf 42 Mill.). Die kluge Finanzpolitik der Firma wußte den tatsächlich besten Augenblick zur Aufnahme einer langfristigen Markanleihe (50 Mill.) zu nützen. Diese ermöglichte, wie die Bilanz klar zeigt, die Abdeckung sämtlicher kurzfristigen Schulden, auch die der Amerika-Anleihe von 1925. Darüber hinaus erhielt Krupp durch den Anleiheerlös einen Teil der Mittel zur Durchführung seines Neubauprogramms. Bankschulden sind nicht mehr vorhanden. Die Waren und sonstigen Schuldner sind von 38 Mill. auf 58 Mill. gestiegen. Eine Zusammenstellung der flüssigen Mittel (Kasse, Reichsbank- und Postscheckguthaben 4,4 Mill., Bankguthaben 42,2 Mill., Waren und sonstige Schuldner 58,7 Mill.) ergibt im Vergleich mit den dagegenstehenden kurzfristigen Verbindlichkeiten (Anzahlungen 8,8 Mill., Waren und sonstige Gläubiger 26,7 Mill. und rückständige Löhne und Gehälter usw. 14,0 Mill.) einen Überschuß an Betriebsmitteln von 50 Mill. Damit dürfte die Durchführung des Neubauprogramms gesichert sein, welches übrigens allein auf die wirtschaftlichere Gestaltung der Produktion ausgeht, nicht auf Expansion. Krupp tut noch ein übriges, indem er auf Dividendenzahlung verzichtet und den größten Teil des Erträgnisses des letzten Jahres für Werkserneuerungszwecke zur Verfügung stellt. Der ausgewiesene Reingewinn hätte zweifellos eine Dividendenzahlung von 6 bis 7 Prozent ermöglicht. Die offenen Reserven sind erhalten geblieben, die inneren Reserven dürften im verflossenen Geschäftsjahr bei der bekannten vorsichtigen Bilanzpolitik der Firma eine wesentliche Stärkung erfahren haben.

Der Geschäftsbericht ist auf einen vorsichtigen Ton gestimmt und von einer Publizität, an der sich manches Werk, dessen Aktien sich auf dem offenen Markt befinden, ein Beispiel nehmen könnte. Die Erfolge des verflossenen Jahres werden angedeutet, Zukunftssorgen, wie sie für die gesamte Eisenindustrie vorliegen, keineswegs verschwiegen. Die bevorstehenden Arbeitskämpfe in der Eisenindustrie werfen bereits ihre Schatten voraus. Arbeitszeitgesetz und Lohnforderungen sind allerdings Zumutungen, bei denen auch für den bestgeleiteten Betrieb wirtschaftliches Arbeiten zur Unmöglichkeit wird. Wenn Krupp, als ein Werk, welches auf eine große eigene sozialpolitische Tradition zurückblicken kann seine warnende Stimme erhebt, so kann er beanspruchen, gehört zu werden.

Krupp von Bohlen und Halbach warnt vor überspannten Belastungen der Schwerindustrie.

tu **Essen**, 8. Dez. In der Hauptversammlung der Friedrich Krupp A.-G. ergriff der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, das Wort zu einer längeren Rede, in der die durch die Lohn- und Arbeitszeitforderungen der Arbeiterschaft aufgeworfenen Fragen einen breiten Raum einnahmen. Von Bohlen und Halbach sagte u. a.: Die deutsche Eisenindustrie darf sich nicht vom Weltmarkt und vor allem vom Export zurückdrängen lassen, wie dies durch die Gesetzgebung der letzten Jahre mit ihren unerträglichen Lasten zwangsläufig geschehen ist. Die neuen Forderungen in Arbeitszeit und Löhnen lassen jedes Augenmaß für das wirtschaftlich Mögliche vermissen. Ihre Erfüllung würde die Aufhebung jeder Verdienstspanne und die Wiederkehr der Verlustwirtschaft bedeuten. Die Lage der Eisenindustrie ist wenig erfreulich. Die Inlandspreise sind trotz besserer Nachfrage unverändert geblieben. Die Weltmarktpreise liegen unter den Gestehungskosten. Man steuert jede Verdienstspanne hinweg.

In den sozialpolitischen Streitfragen der Arbeitszeitverordnung erklärte Dr. Krupp von Bohlen, die Eisenindustrie denke nicht daran, der Einführung der Arbeitszeitverordnung grundsätzliche Schwierigkeiten zu bereiten. Sie habe der Regierung gezeigt, wie durch schrittweise Durchführung des Achtstundentages, dessen allmählicher Wiedereinführung auch die Industrie zugestimmt habe, eine schwere Schädigung der Wirtschaft vermieden werden könne. Die allgemeine Entwicklung könne aber nur organisch entsprechend der weiteren Erholung und Festigung der deutschen Wirtschaft erfolgen. Es ist unsere Pflicht, so schloß von Bohlen und Halbach, vor gefährlichen Experimenten zu warnen. Verfrühte und übereilte Maßnahmen können nur zum Schaden derer ausschlagen, zu deren Nutzen sie erdacht sind. Hoffen wir, daß die bevorstehenden Verhandlungen im Geiste der Verständigung geführt werden und sich ein Arbeitskampf vermeiden läßt, der schließlich nur neue Schäden für alle Beteiligten und nicht zuletzt für die gesamte Volkswirtschaft bringen würde.

Feste Haltung des Aktienmarktes.

tu **Berlin**, 8. Dez. **(Tel.)** Die Aktienmärkte verkehrten heute wieder in fester Haltung, da die Steigerung einiger Spezialpapiere der Gesamttendenz einen Rückhalt gab. Im Vordergrunde des Interesses standen bei angeregtem Geschäft J. G. Farbenindustrie, die um mehrere Prozent auf 256 anzogen. Die an der Börse gerüchtweise genannten Dividendenschätzungen von 12 Prozent sind bisher nicht bestätigt. Man wollte außerdem wiederum von der bevorstehenden Ausgabe konvertibler Bons wissen, die eine Kapitalerhöhung infolge der noch vorhandenen Vorratsaktien nicht nötig machen würde. Weiter wurden Elektro- und Kaliwerte bevorzugt, für die insbesondere das Rheinland Interesse bezeigte. Die Verschlechterung der Dividendenaussichten bei den Vereinigten Stahlwerken wirkte sich nur insofern aus, als Montanpapiere sehr vernachlässigt blieben. Andererseits machte der Krupp-Abschluß einen recht befriedigenden Eindruck. Am Geldmarkt machte die Erleichterung weitere Fortschritte. Der Satz für Tagesgeld ging auf 6,75—8,5 Prozent zurück, doch waren größere Beträge bereits darunter angeboten. Monatsgeld 8,25 bis 9,5 Prozent, Warenwechsel ca. 7,25 Prozent.

Im Devisenverkehr unterlag die Reichsmark leichten Schwankungen. Der Dollar notierte vormittags 4,1855, später jedoch 4,1875 und darüber. International fest lag die schweizerische Währung, London-Newyork 4,8815.

Am Bankenmarkt gewannen Commerzbank 3,5 Prozent, Mitteldeutsche 4,5 Prozent, Barmer Bankverein 2¾ Prozent. Schiffahrtswerte freundlich, Nordd. Lloyd plus 1 Prozent, Hapag plus 1,5 Prozent, Hansa Dampf plus 2,75 Prozent, Berger Tiefbau eröffneten infolge spekulativer Käufe 10 Prozent höher. Von Kunstseidenwerten zogen Bemberg um 7 Prozent, und Vereinigte Glanzstoff um 5 Prozent, von Zellstoffwerten Waldhof um 5 Prozent und Aschaffenburger um 4,5 Prozent an. Auch andere Spezialwerte stellten sich 4 bis 6 Prozent höher u. a. Schultheiß, Ostwerke, von Montanwerten Rheinische Braunkohlen und Leopoldsgrube sowie Mannesmann, Maximilianshütte und Oberbedarf, außerdem von chemischen Werten Th. Goldschmidt, von Maschinenfabriken Berlin-Karlsruher Industriewerke. In den Aktien dieser Gesellschaft finden neuerdings lebhaftere Anschaffungen von anscheinend interessierter Seite statt. Deutsche Staatsrenten freundlich, aber ruhig.

Nach Festsetzung der ersten Kurse war die Gesamttendenz bei weiter freundlicher Grundstimmung schwankend. Lebhaft gehandelt wurden Spritwerte und Zellstoff Waldhof.

Im weiteren Verlauf fielen vor allem zahlreiche Käufe der Bankkundschaft am Kassamarkt auf, der einheitlich ein festes Gepräge zeigte und damit auch den Termin- und variablen Aktienmärkten einen Rückhalt gab. Die freundliche Gesamtstimmung dauerte in der zweiten Stunde an, wenn auch die Kurse mehrfach Veränderungen zeigten. J. G. Farbenindustrie gingen vorübergehend auf 258,25 herauf. Zellstoff Waldhof 251— 49—254, Deutsche Gas 171,75—170,5—173,25, Schiffahrtsaktien und Banken behaupteten ihre höchsten Tageskurse nicht, dagegen schloß die Börse auf anderen Gebieten in sehr fester Haltung. Privatdiskont unverändert 6,75 Prozent.

An der Nachbörse bröckelte ein Teil der Montanaktien um ein viertel bis ein halbes Prozent ab. Auch Elektrowerte und Spritaktien behaupteten die Schlußkurse nicht. Dagegen blieben Zellstoff Waldhof mit 253,5, Schiffahrtsaktien und Bankaktien sowie die Neubesitzanleihe mit 13⅜ gesucht. Gute Meinung bestand für Zuckerwerte auf Grund der internationalen Abmachungen. Textilwerte zogen nachbörslich teilweise leicht an, Schlesische Textil 82. Man nannte im einzelnen J. G. Farbenindustrie 260, Siemens 257,5, Schuckert 169,5, Gesfürel 272,5, Schultheiß 377,5, Ostwerke 327, Vereinigte Glanzstoff 550, Bemberg 417, Hapag 143,5, Nordlloyd 148,5, Danatbank 222,5, Altbesitzanleihe I und II 90,90 und III 55,80.

Essener Kurzenbörse.

tu **Essen**, 8. Dez. **(Tel.)** Der Terminmarkt lag weiter ruhig, wenn auch fester. Dieselbe Stimmung beherrschte auch den Kuxenmarkt, hier konnten auf allen Marktgebieten kleine Kursgewinne erzielt werden. Die Geschäftstätigkeit blieb aber ruhig. Von Steinkohlenkuxen wurden die schweren Werte bis um 1000 Mk. höher angeboten. Eine Ausnahme machten nur Langenbrahm, die 100 Mark niedriger waren. Einiges Geschäft war ferner in Diergardt und Deutschland zu etwa letzten Preisen. Von Steinkohlenaktien wurden Adler Kohle, Dahlbusch und Lothringen sowie Niederrheinische Bergbau auf etwa letzter Preisgrundlage gehandelt. Von Braunkohlenwerten war nur Umsatz in Bellerhammer, die ihren Kurs um etwa 150 Mk. bessern konnten. Der Kalimarkt lag weiter ruhig. Geschäft war u. a. in den Burbachwerten (Burbach und Volkenroda bei einem Kursgewinn um etwa 100 Mk. Sonst waren die Kursveränderungen nur gering. Von Kaliaktien war Geschäft in Adler Kali, Kaliindustrie, Krügershall, Niedersachsen und Wittekind bei einer Kurserhöhung um durchschnittlich 1 Prozent. Von Industrieaktien hatten Ilrdinger Waggon und Kabel Rheydt einiges Geschäft zu unveränderten Kursen.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbericht.

tu **Berlin**, 8. Dez. **(Tel.)** Bei unveränderter kleiner Kauflust, andererseits aber ausreichenden Angeboten an der Küste wie auch hier in Bahnware war die Tendenz nicht ganz behauptet. Für Lieferung zeigen sowohl Weizen- wie auch Roggennotierungen eine Abschwächung von etwa einer halben Mark. Für Hafer liegen die Terminangebote eine Mark unter gestrigem Stand. Für Gerste sind die Gebote gleichfalls vereinzelt etwas entgegenkommender, doch hält hier eine Kaufunlust an. Die Mühlen klagen durchweg über schleppendes Mehlgeschäft.

Die amtlich notierten Preise in Reichsmark ab Station betrugen: Weizen märk. 235—238 matt; Dez.-Lief. 267,5—266; März-Lief. 275—274,5; Mai-Lief. 278—277,5 Brief; Roggen märk. 237—250 matter: Dez.-Lief. 262,5; März-Lief. 266—265,25 Brief; Mai-Lief. 268—268 behauptet; Hafer märk. 223; Dez.-Lief. 223; März-Lief. 232 und Brief; Mai-Lief. 237; Mais loko Berlin 213—215 ruhig; Weizenmehl 30,75—34,25 ruhig; Roggenmehl 31,5—33,75 ruhig; Weizenkleie 15—15,25 behauptet; Roggenkleie 15—15,25 behauptet; Raps 345—350 behauptet; Viktoriaerbsen 51——57; kleine Speiseerbsen 32—35; Futtererbsen 21—22; Peluschken 20—21; Ackerbohnen 20—21; Wicken 21—24; Lupinen blaue 14—14,75; Lupinen gelbe 15,7—16,1; Rapskuchen 19,7—19,8; Leinkuchen 22,6—22,8; Trockenschnitzel 12—12,2; Sojaschrot 21,2—21,5; Kartoffelflocken 23,7 bis 24.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg**, 8. Dez. **(Tel.)** Kaffee: Die heutigen Brasilofferten lauteten unverändert bis 6 d niedriger. Der Terminmarkt lag bei unveränderten Kursen ruhig. — Kakao: Der Markt tendierte ruhig. Die Preise für accra neue Ernte liegen etwas schwächer, die übrigen Sorten unverändert. Accra good fermented schwimmend 59 bis 58, Dezember-Januar 57 bis 56, Bahia superior schwimmend 64,6, Januar 63, Thomee superior schwimmend 66, Dezember-Januar 64,6, Trinidad Plantation November-Dezember 71 bis 70, Machala 66. — Reis: Dem Markt blieb auch heute jede Anregung fern. Bei unveränderten Preisen kam es nur zu dem gewöhnlichen Bedarfsgeschäft. — Auslandszucker: Bei kleinen Umsätzen verkehrte der Markt ruhig, aber stetig. Die Preise für Tschechische Kristalle stellten sich eher etwas höher. Man notierte loko 15 bis 15,1½, Dezember 14,11¼ bis 15,0¾; Januar-März 15,3 bis 15,4½. — Schmalz: Tendenz ruhig. Hamburger Schmalz 34,75 Dollar. — Getreide: Infolge des Frostwetters war die Haltung etwas angeregter, doch blieb das Geschäft in den gewohnten Grenzen. Die Preise waren unverändert. — Mehl: Tendenz stetig. 70prozentiges Weizenauszugsmehl hies. Mühlen 40,5 bis 42,75, 70prozentiges Roggenmehl hies. Mühlen 36 bis 36,75. — Hülsenfrüchte: Keine Veränderung von Markt und Preislage. — Futtermittel: Es war kleines Geschäft zu unveränderten Preisen zu verzeichnen. Tendenz ruhig. — Öle und Fette: Die Londoner Talgauktion hat gestern nicht stattgefunden. Die Tendenz war hier stetig; Leinöl etwas schwächer. — Chemikalien: Der Markt lag stetig bei unveränderten Preisen. — Paraffin und Wachs: Tendenz ruhig. Preise unverändert.

Kartoffelerzeugerpreise.

tu **Berlin**, 8. Dez. **(Tel.)** Je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen, amtlich ermittelt durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin: Weiße 2,80—3,10, Rote 3,00—3,30, Gelbfleischige 3,40—3,70, Industriekartoffeln 13,5—15 Pfg. pro Stärkeprozent. Für gesackte Kellerware wird bis 25 Pfg. über Notiz bezahlt.

Magdeburger Zucker.

tu **Magdeburg**, 8. Dez. **(Tel.)** Weißzucker einschließlich Sack und Verbrauchssteuer für 50 Kg. brutto für netto, ab Verladestelle Magdeburg: Innerhalb 10 Tagen 26,75, Dezember 26,87½; Januar 27,02½; Februar 27,17½; März 27,32½; Rohzuckermelasse 4,25 bis 4,40; Weißzuckermelasse 4,30—4,35. Tendenz: ruhig.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen**, 8. Dez. **(Tel.)** Loko: 21,59.

t **Bremen**, 8. Dez. **(Tel.)** Terminanfangskurse: Dezember 20,80—20,85; Januar 20,79—20,84; März 21,04—21,07; Mai 21,22—21,23; Juli 21,23—21,24; Oktober 20,69—20,72. Tendenz: stetig.

tu **Bremen**, 8. Dez. **(Tel.)** Terminschlußkurse: Dezember 20,90—21,10; Januar 20,90—21,00; März 21,05—21,08; Mai 21,19—21,29; Juli 21,18—21,27; Oktober 20,60—20,77. Tendenz: befestigt.

tu **Liverpool**, 8. Dez. **(Tel.)** Eröffnung: Dezember —; Januar 10,40—10,41; März 10,40; Mai 10,41—10,42; Juli 10,37; Oktober —. Tendenz: ruhig.

tu **Liverpool**, 8. Dez. **(Tel.)** Schluß. Dezember 10,42—10,45, Januar 10,42—10,45; März 10,43—10,44; Mai 10,42—10,44; Juli 10,38—10,39; Oktober 10,10. Tendenz: stetig. Umsätze 5000.

tu **Newyork**, 8. Dez. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember 19,26; Januar 19,17—19,20; März 19,30—19,35; Mai 19,52—19,53; Juli 19,50—19,52; Oktober 19,05—19,10. Tendenz: stetig.

tu **Newyork**, 8. Dez. **(Tel.)** Zweites. Dezember 19,00; Januar 19,00; März 19,22; Mai 19,40; Juli 19,44; Oktober 18,95. Tendenz: befestigt. Zufuhr nicht gemeldet.

tu **Newyork**, 8. Dez. (Tel.) Schluß. Dezember 18,76; Januar 18,73; März 18,93—95 Mai 19,09—10; Juli 19,05; Oktober 18,62; Loko: 19,15. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 8. Dez. **(Tel.)** Eröffnung: Dezember —; Januar 19,38; März 19,57; Mai 19,65; Juli 19,50; Oktober 18,88. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 8. Dez. **(Tel.)** Zweites: Dezember —; Januar 19,39; März 19,49; Mai 19,59; Juli —; Oktober —. Tendenz: willig.

tu **New Orleans**, 8. Dez **(Tel.)** Schluß. Dezember 18,78 bis 18,80; Januar 18,82—85. März 19,04—08; Mai 19,14—17; Juli 19,04; Oktober 18,88. Loko 18,85. Tendenz: stetig.

Metallnotierungen.

tu **Berlin**, 8. Dez. **(Tel.)** Geld 2,82; Silber 0,082; Platin 8,00.

tu **Berlin**, 8. Dez. **(Tel.)** Elektrolytkupfer 135; Original Hüttenaluminium 210; desgleichen in Walz- oder Drahtbarren 214; Rein-Nickel 350; Antimon Regulus 94—99; Fein-Silber 80—81.

tu **Berlin**, 8. Dez. **(Tel.)** Kupfer: Dezember Geld 123,5, Brief 124; Januar Geld 123,75, Brief 124; Februar Geld 124, Brief 124,25; März Geld 124, Brief 124,25; April Geld 124, Brief 124,25; Mai Geld 124, Brief 124,25; Juni Geld 124, Brief 124,5; Juli Geld 124, Brief 124,25; August Geld 124,25, Brief 124,5; September Geld 124,25, Brief 124,5; September Geld 124,25, Brief 124,5; Oktober Geld 124,25, Brief 124,5; November Geld 124,25, Brief 124,5. Tendenz: behauptet. Blei: Dezember Geld 43,5, Brief 44,5; Januar bez. 44, Geld 44, Brief 44,25; Februar Geld 44, Brief 44,25, März bez. 44,25, Geld 44,25, Brief 44,5; April Geld 44,25, Brief 44,5; Mai Geld 44,25, Brief 44,5; Juni Geld 44,25, Brief 44,5; Juli bez 44,5, Geld 44,5, Brief 44,75; August Geld 44,5, Brief 44,75; September bez. 44,5—44,25, Geld 44,25, Brief 44,5; Oktober Geld 44,25, Brief 44,5; November Geld 44,25, Brief 44,5. Tendenz: schwächer. Zink: Dezember Geld 52,75, Brief 53,5; Januar Geld 52,25, Brief 52,75; Februar Geld 52, Brief 52,75; März Geld 52, Brief 52,75; April Geld 51,5, Brief 52,5; Mai Geld 51,75, Brief 52,25; Juni Geld 51,5 Brief 52; Juli Geld 51,75, Brief 52, August Geld 51,25, Brief 51,75, September Geld 51,25, Brief 51,75; Oktober Geld 51, Brief 52,75; November Geld 51, Brief 51,75. Tendenz: ruhig.

tu **Hamburg**, 8. Dez. **(Tel.)** Silber, Brief 81, Geld 80; Zink, Brief 54,25, Geld 53,25. Terminnotierungen Kupfer: Dezember Brief 125,75, Geld 125; Januar Brief 126, Geld 125,5; Februar Brief 126, Geld 125,75; März Brief 126, Geld 125,75; April Brief 126, Geld 125,75; Mai Brief 126, Geld 125,75, Juni Brief 126,5, Geld 125,75; Juli Brief 126,5, Geld 125,75; August Brief 126,5, Geld 126; September Brief 126,5, Geld 126; Oktober Brief 126,5, Geld 126; Nov. Brief 126,5, Geld 126. Tendenz: behauptet. Zinn: Dezember Brief 550, Geld 544; Januar Brief 546, Geld 542; Februar Brief 542, Geld 538; März Brief 539, Geld 535; April Brief 538, Geld 534; Mai Brief 536, Geld 533. Tendenz: ruhig.

tu **London**, 8. Dez. **(Tel.)** Schluß. Kupfer Standard per Kassa 60,5—60 9/16; dito per drei Monate 60⅝—60 11/16; Elektrolytkupfer 66,5—67; Best Selected 65—66,25; Zinn Standard per Kassa 270,5—270,75; dito per drei Monate 264,73—265; Blei per Kassa 22; dito per drei Monate 22 5/16; Zink per Kassa 26⅜; dito per drei Monate 26¼; Silber per Kassa 28 13/16; dito per drei Monate 26⅝; Gold 84,11¼.

Viehmärkte.

tu **Osnabrück**, 8. Dez. **(Tel.)** Auftrieb: Großvieh 27, Kälber 102, Schweine 442, Schafe 10. Marktverlauf: Großvieh langsam, Kälber gut, Schweine gut. Preise: Bullen a) —, b) 47—50, c) 40 bis46, d) —; Kühe a) —, b) 43—46, c) 35—42, d) 28—34; Kälber a) —, b) 75—80, c) 67—74, d) 50—66; Schweine a) 56—57, b) 54—55, c) 52—53, d) 50—51; Sauen 50—56.

tu **Husum**, 8. Dez. **(Tel.)** Ferkel: Auftrieb 205, Tendenz mittelmäßig, beste Ware 12—14, mittlere Ware 9—11, geringe Ware 5—8 Mk. Außer dem Ferkelmarkt jeden Donnerstag finden in Husum keine Märkte mehr statt.

tu **Hamburg**, 8. Dez. **(Tel.)** Rinder: Auftrieb 1467, Versand 700, Einzelauftrieb: Ochsen 434, Färsen 190, Bullen 212, Kühe 571. Schafe: Auftrieb 951, Versand 300; Einzelauftrieb: Stallmastschafe 145; Weidemastschafe 816. Tendenz: Rinder mittelmäßig, Schafe ruhig. Preise: Ochsen und Färsen a) 54—58, b) 47—53, c) 40—46, d) 32—39; Bullen a) 54—58, b) 47—53, c) 40—47, d) 30—39; Kühe a) 48—51, b) 40—46, c) 30—36, d) 16—26; Weidemastschafe a) 54 bis 56, b) 45—50, c) 35—40, d) 20—30.

Rechts gehen - Links überholen

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Paul Koene, für Politik Heinrich Heilemann, für Feuilleton Dr. Gottfried Holenkamp, für Lokales und Provinzielles Franz W. Bernekohl, für Handel und Sport Josef Engbers, für Inserate Anton Buich sämtlich in Münster. Druck und Verlag der Aschendorffschen Verlagsbuchhdl. Münster i. W.

Rheila Perlen
Stündlich 1-2 schützen Dich vor Husten und Erkältung
Schacht. Mk. 1.- nur in Apotheken u. Drogerien



Alleinige Hersteller: H. Schlinck & Cie. A.-G. Hamburg

Speisezimmer
Herrenzimmer
in großer Auswahl
Möbel- und Kunstgewerbehaus
Jos. Lippe Ww.
30 Alter Steinweg — Alter Steinweg 30

Mech. Baumwollweberei
sucht eingeführte
Vertreter
für Ostfriesland und Oldenburg.
Offerten unter L L 5193 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 1762)w

Ladenlokal
mit drei Zimmer-Wohnung, sowie eine vier Zimmer-Wohnung nebst Keller, Waschküche und Stallung, an einer verkehrsreichen Provinzialstraße in einer kleinen Industriestadt des Münsterlandes zu vermieten, 1744) e Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

In Borghorst i. W. ist ein Laden
in allerbester Lage, mit 2 großen Schaufenstern ca. 10 Meter Breite, 6 Meter Tiefe, mit anschließendem Lager, Büroräumen, Hofraum und Einfahrt, eventuell mit geräumiger Wohnung auf 1488
längere Jahre zu vermieten.
Gefl. Anfragen an Theodor Althoff, Münster i. W., Stolbergstr. 4

Kleiner Personenwagen
(am liebsten Hanomag) 1493)
gegen Kassa zu kaufen gesucht.
Offerten unter S S 5194 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Mifa
DAS QUALITÄTS-FAHRRAD
DIREKT AB FABRIK
64 – 85 – 96 – 105 M
Kassapreis usw.
Wochenraten v. 2.50 M an
DIE QUALITÄTS-NÄHMASCHINE
135–170–207 M Kassapreis usw.
Wochenraten von 2.50 M an
MIFA-FABRIK-VERKAUFSTELLE
Münster, Bahnhofstraße 8, Leiter Fischer & Co

Offene Wohnungen
Einfamilienhaus
mit Garten od. Part. u. Etage, od. gr. Etage im Kreuzviertel für sof. od. später zu miet. gef. Offert unter A A 328 an die Geschst. 8315
Herrschaftl. möbl.
4 Zimmer und Küche
an ruhige Mieter abzugeben. 8309a Off. u. M O 298 an die Geschäftst.

Offene Stellen
Auf einem Gutshofe in der Nähe Münsters wird ein braves,
kath. Mädchen
vom Lande zur Erlernung der Küche u. des Haushalts gesucht. Lohn n. Übereinkunft. 1771)
Off. unt. B B 5196 an die Geschäftsstelle.

Hüte und Mützen
gut — billig
Größtes Lager am Platze.
Regenschirme
in bekannter Güte, großer Auswahl und billig. 1
— Reparaturen sofort. —
Telephon 190
Geschäftsgründung 1864
Hermann Fonlein, Rheine, am Markt

Kassakurse der Berliner Börse.

Die Kurse lauten auf Prozente bei Nennwerten in Reichsmark. Für etwaige Fehler kann keine Haftung übernommen werden.

	7.12.	8.12.
Reichsschuldbuch.		
Abl.-Schuld I	52,9	52,9
dto. II	52,9	52,8
dto. III	55,9	55,8
Abl.-Sch. neu	87,5	87,5
5% R.-Anl. 27	12,9	13
6% Wertb. 1924	—	—
Sch. zgebiet	7,1	7,3
Westf. Prov.-Anl.		
Westf. Kohle	11	11
8% P.-L.-Anl. 25	97	97
7% dto. 28	94	94
7% G.-Pfandbr.	94	94
Schiffahrts-Aktien		
Hapag	144	146
Hb.-Süd-Amerik.	212	214
Hansa-Dampf	210	213
Nordd. Lloyd	149	148
Vereinigte Elbe	65,5	66,1
Bank-Aktien		
Barmer Bankv.	134	137
Berl. Handelsg.	234	233
Commerzbank	165	169
Darmst. Bank	218	219
Deutsche Bank	162	163
Disconto	147	149
Dresdner Bank	150	152
Osnabr. Bank	90	91,5
Reichsbank	177	177
Brauerei-Aktien		
Dortm. A.-G. Br.	233	238
„ Union	271	270
Isenbeck Hamm	107	109
Schlegelbräu	249	249
Wicküler	237	243
Industrie-Aktien		
Akkumulatoren	149	151
Adler Zement	143	143
Adlerwerke	81	83
A.-G. für Bau	89	91
Alexander	57	60
A.-G.	153	155
Alsen Zement	230	230
Aumetzer Kohle	100	100
Ankerwerke	181	181
Aplerb. Berg.	—	—
Aursb.-Nürnb.	99	99
Baiecke Masch.	113	114
Berlin. Anh. M.	30	30
Banning Masch.	—	—
Baroper Walzw.	99	101
Basalt	84	85
Bayer. Spiegel	58	60
Beinberg I. P.	409	414
Berger Tiefbau	269	270
Bergmann	183	186
Berlin Gubener	320	320
Berl. Karlsruh.	72,5	74,5
B. Maschinenb.	110	113
Beton & Monier	109	110
Bösp. Walz.	67,5	68
Braunkohlenbr.	181	181
Braunschw. M.	70	—
Breitenb. Zem.	138	140
Bremer Vulkan	140	141
Budgrin	88,3	91
Busch Lüdensch	79	79
Busch Waggon	67,5	68
Byk Gulden	79,8	80
Calmon Asbest	41	43
Capito & Klein	86	86
Chari. Wasser	122	124
Chem. Heyden	128	128
Chem. Gelsenk.	77	80
Chem. Albert	123	126
Contin. Contsch	109	110
Daimler Motor	77	78
Dessauer Gas	169	172
Deutsch. Atlant.	102	104
Dtsch. Asphalt	160	161
Dtsch. Erdöl	118	122
Deutsche Kabel	87	87
Deutsche Linol.	109	110
Dt. Maschinen	62,8	63
Dt. Schachtbau	95	96
Dt. Wollwaren	46	47
Dt. Eisenhand.	81,5	85
Durkopp	68,5	71
Düsseld. Eisen	—	—
Düsseld. Masch.	—	—
Dynamit Nob.	119	121
Ernestorff Salz	117	119
Eisenw. Sprot.	70	72
Elektr. Liefer	157	160
Elek. Lichts. Kr.	191	194
Escher. Bergw.	198	196
Essener Steink.	134	134
Faber Bleistift	58	65
Fahlberg List.	128	131
I. G. Farbenind.	262	259
Feldm. Papier.	194	195
Felten & Guill.	117	119
Fiensb. Schiffab	104	—
Friedrich. Kali	150	151
Frister	105	103
Garzenau	33	33,4
Gebhardt & Co.	126	129
Gelsenk. Berg.	127	129
Germania Portl.	197	204
Gerresh. Glas	269	269
Ges. f. elek. Unt.	270	270
Gildemeister	90	94
Girmes & Co.	239	236
Gladb. Woll. Ind.	180	184
Goedhardt	134	134
Goldschmidt	103	103
Gritzner	114	114
Gronauwerke	82	82
H. Gundlach	103	—
Gutmann M.	67,5	64,5
Hacketh. Draht	82	86
Hammersen	15	158
Hannov. Masch.	60	61
Harburg. Eisen	10	10
Harkort Bergb.	29	29
Hark. Brücke	105	107
Harpen. Bergb.	130	132
Hartmann	26,5	25,1
Hirsch Kupfer.	105	106
Hoesch Stah. w.	138	138
Hoffm. Stärke	72	73
Hohenlohe	17,6	18
Ph. Holzmann	155	160
Hoxter-Godesb.	43,5	48,5
Hubertus Bra.	130	133
Humb. Masch	31	31,5
Hutschenreuth.	71	71
Ise Bergbau	198	203
Junghans	83,5	85
Kahla Porzell.	98	99
Kali Aschersl.	152	156
Kalker Masch.	35	35
Karlsr. Masch.	17	17,4
Kirstadt	144	146